

Strategieentwicklung Uckermark 2010

Autorin: Astrid Peters

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms

„Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Autorin:

Frau Astrid Peters / Kontakt: astridpeters82@gmail.com

Wissenschaftliche Beratung:

Frau Kerstin Palloks - EBB - Evaluation, Beratung, Bildung/ Kontakt: <http://www.beratungskiste.de>

Herr Dr. Michael Kohlstruck - Institut für Praxisforschung

Praktische Beratung:

Frau Karin Dörre – MBT Angermünde/ Kontakt: mbt-angermuende@big-demos.de

Herr Jürgen Lorenz – MBT Angermünde/ Kontakt: mbt-angermuende@big-demos.de

Institutsleitung demos:

Herr Wilking / Kontakt: wilking@big-demos.de

Gliederung

1.	<u>Einleitung</u>	4
2.	<u>Handlungsfelder eines Lokalen Aktionsplans Uckermark</u>	6
2.2	<u>Sichtweisen zum LAP 2007-2010</u>	6
2.1.1	Die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, gelebte Vielfalt & Toleranz als Leitziele des LAP	6
2.1.2	Die Projektförderung	7
2.1.3	Der Begleitausschuss	8
2.2	<u>Neue Handlungsfelder</u>	9
2.2.1	Sichtweisen der politischen Akteure	9
2.2.1.1	Fraktionsvorsitzender 1	9
2.2.1.2	Fraktionsvorsitzender 2	11
2.2.1.3	Fraktionsvorsitzender 3	13
2.2.2	Sichtweisen und Bedarfe von Verwaltungsakteuren	14
2.2.3	Sichtweisen und Bedarfe der Polizei – Schutzbereich Uckermark	14
2.2.4	Sichtweisen und Bedarfe der Wirtschaftsakteure	15
2.2.5	Sichtweisen und Bedarfe der Zivilgesellschaft	19
2.3	<u>Zusammenfassung</u>	21
3	<u>Strategiebausteine</u>	28
3.1	<u>Themen und Akteure</u>	29
3.1.1	Zuwanderung	29
3.1.2	Heimatgestaltung	31
3.1.3	Soziale Kompetenzen	34
3.1.4	Demokratie stärken – Rechtsextremismus abwehren	36
3.1.5	Austausch und Kommunikation	38
3.2	<u>Arbeitsstrukturen</u>	39
3.2.1	Begleit- und Aktivierungsgremium - Variante A	40
3.2.1.1	Begleit- und Aktivierungsgremium	40
3.2.1.2	Koordinierungsstelle	41
3.2.2	Begleit- und Aktivierungsgremium - Variante B	42
3.2.2.1	Begleit- und Aktivierungsgremium – „Kreistagsausschuss“	42
3.2.2.2	Koordinierungsstelle	43
3.2.2.3	Kommunale Förderung von Mikroprojekten	44
3.3	<u>Modellbeispiel für eine Kostenaufstellung</u>	45
4	<u>Fazit</u>	47

1. Einleitung

Das Institut demos wurde im März 2010 vom Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans Uckermark (LAP) beauftragt, Vorschläge für eine Strategie zur Fortführung eines Lokalen Aktionsplans für die Zeit nach dem Ende der Bundesförderung 2010 zu entwickeln. Im Rahmen eines Forschungsprojektes wurden hierfür 32 Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung im Landkreis Uckermark befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in dem vorliegenden Bericht dokumentiert. Sie werden durch Erkenntnisse aus zurück liegenden Studien („Sozialraumbeschreibung Uckerland“ März-August 2010 und „Sozialraumanalyse Templin“ Mai 2009 bis Januar 2010) ergänzt. Alle Studien werden bzw. wurden im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der Lokale Aktionsplan wurde vom uckermärkischen Kreistag beim Bundesministerium erstmalig im Jahr 2007 beantragt. Die allgemeinen Ziele und Zielgruppen des LAP wurden durch das Bundesprogramm vorgegeben. Die Koordinierung des LAPs erfolgt derzeit durch eine externe Koordinierungsstelle, dem Uckermärkischen Regionalverbund. Die Bewilligung der Projektförderung wird von einem Begleitausschuss entschieden, in dem verschiedene uckermärkische Akteure aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft vertreten sind. Die bisherige Projektförderung sah primär die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Akteure vor. Es wurden aber auch eigene Vorhaben initiiert, die zur Verbesserung der Kenntnisse über Bedarfe und strukturelle Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit den relevanten Themen im Landkreis betragen sollten. Zu nennen wären hier beispielsweise die Sozialraumanalyse Templin (2009) oder die Sozialraumbeschreibung Uckerland (2010). In beiden Studien ging es darum, Handlungsempfehlungen zu generieren, die auch für andere Gemeinden der Uckermark fruchtbar gemacht werden könnten.

Zweckbestimmung des Forschungsvorhabens, das der vorliegende Bericht dokumentiert, ist die Entwicklung von Vorschlägen für eine Strategie des LAP Uckermark nach dem Ende der Bundesförderung im Jahr 2010. Hierfür wurden verschiedene Akteursgruppen der Uckermark in die Befragung einbezogen. Sie wurden zunächst nach ihren Wahrnehmungen und Bewertungen des LAP befragt und gebeten, Themenfelder aufzuzeigen, in denen weiterführend Handlungsbedarf besteht. Zudem wurden Wirtschaftsakteure nach ihren speziellen Bedarfen befragt, um mögliche Anschlussstellen zu dieser wichtigen Akteursgruppe zu identifizieren. Die verschiedenen Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten der lokalen Akteure, ergänzt durch die Ergebnisse der anderen beiden Projekte und eigenen Beobachtungen, bilden die Grundlage für die Entwicklung eines Vorschlags für eine neue Strategie des LAP in der Uckermark. Zu beachten ist, dass zurzeit entscheidende Einflussvariablen, wie beispielsweise die Finanzierungsgrundlage des LAPs nach 2010, noch ungeklärt sind. Die Elemente einer Strategie können nicht unabhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln gewählt werden. Daher

werden aus den vorhandenen Daten einzelne *Strategiebausteine* entwickelt, die je nach Bedarf, Schwerpunktsetzung und Mitteleinsatz unterschiedlich zusammengesetzt werden können.

Das Konzept des Projekts „Strategieentwicklung Uckermark“ erfuhr während der Projektlaufzeit verschiedene Veränderungen. Das erste Konzept war sehr umfangreich und bezog die Kurzanalyse der bisherigen Ergebnisse der Netzwerkarbeit, die Befragung von politischen Akteuren aus Kommunal-, Kreis-, und Landesebene, der Begleitausschussmitglieder, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsakteuren, die Gewinnung von Partnern sowie die Prüfung von Fördermöglichkeiten und Finanzierungskonzepten zur Förderung einer aktiven demokratischen Gesellschaft in der Uckermark mit ein. Da sich das Konzept als zu umfangreich erwies, wurde es in Abstimmung mit dem Begleitausschuss (BA), reduziert und eine Fokussierung auf Wirtschaftsakteure als besondere Zielgruppe beschlossen. Diese Konzeptänderung stieß allerdings später erneut auf Kritik im Begleitausschuss und wurde darum erneut modifiziert. Im Ergebnis wurden im Rahmen dieser Studie 32 Personen mittels qualitativer Interviews und Fragebögen befragt. Die Untersuchungsgruppe setzt sich wie folgt zusammen: 16 Akteure aus dem Bereich Wirtschaft, fünf zivilgesellschaftliche Akteure, drei Fraktionsvorsitzende des Kreistags Uckermark, fünf von insgesamt 16 Mitgliedern des BA, der Bürgermeister der Stadt Schwedt, die Leiterin des Jugendamts Uckermark (BA-Mitglied) und ein Beamter des Schutzbereiches Uckermark.¹

Im Kapitel 2 dieses Berichts werden zunächst die Sichtweisen und Bedarfe der befragten Akteure zum LAP dargestellt. Kapitel 3 beinhaltet die Vorschläge zu Verfahren, Strukturen und Themen einer zukünftigen Strategie für die Fortführung des LAP in der Uckermark.

¹Im Projekt Sozialraumbeschreibung Uckerland wurden insgesamt 53 Personen (BürgerInnen, OrtsvorsteherInnen, Gemeindebürgermeisterin) und in dem Projekt Sozialraumanalyse Templin insgesamt 120 Personen (Jugendliche, BürgerInnen, JugendarbeiterInnen, OrtsvorsteherInnen) durch Interviews befragt.

2 Handlungsfelder eines Lokalen Aktionsplans Uckermark

2.1 Sichtweisen zum LAP 2007-2010

Die befragten Personen wurden gebeten darzustellen, welche Bedeutung die Themen des LAPs, die damit verbundene Projektförderung sowie die Bildung eines Begleitausschuss für die Uckermark ihrer Ansicht nach haben und inwiefern sie weiter verfolgt werden sollten.

Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Fortführung des Lokalen Aktionsplans Uckermark nach 2010. Hinsichtlich der Themen, Handlungsfelder und Umsetzungsmöglichkeiten bestehen jedoch unterschiedliche Bedarfe und Vorstellungen. Die Weiterführung der etablierten Strukturen und Themen wird selten grundsätzlich in Frage gestellt. Der Blick richtet sich in der Tendenz jedoch eher auf allgemeinere Themen, wie „gelebte Demokratie“ und einen ganzheitlichen Ansatz, der sich nicht allein auf Jugend und Jugendarbeit konzentriert.

2.1.1 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, gelebte Vielfalt und Toleranz

Der Mehrheit der Befragten zufolge, sollten Projekte mit Themen wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, gelebte Vielfalt und Toleranz auch nach dem Ende der Bundesförderung 2010 weiter verfolgt werden. Dem Thema Antisemitismus wurde weniger Bedeutung beigemessen.

Dem Rechtsextremismus wurde eine bedeutende Relevanz, insbesondere von der befragten Zivilgesellschaft, in der Uckermark zugewiesen, obwohl er von der Mehrheit der Befragten im Alltag kaum wahrgenommen wird. Mitunter werden diese Tendenzen nur durch Zufall oder in den entsprechenden Wahlergebnissen sichtbar. Gerade diese Entwicklung wird als gefährlich angesehen.

„(...) da haben wir selbst erlebt (...) zum Himmelfahrtstag fahren da irgendwie Leute in Uniform auf (...) also mit Springerstiefeln, so blaue dreivierteil Hosen, hissten da (...) irgendeine Flagge und die bauten da Bier und alles auf. Und haben da so an dem See den Himmelfahrtstag verbracht. (...) Also die waren friedlich (...) ich habe meine Töchter denn da weggeholt und bin da irgendwie zum See gegangen und habe gedacht, ach du Schande, dann sind da Mädels dazu gekommen, die kenn ich aus dem Nachbardorf oder eine junge Frau, die ist eine Mutter von einer Freundin meiner Tochter gewesen. Da musste ich die in solchen Zusammenhängen wahrnehmen. Also, es wird an bestimmten Tagen zum Beispiel auch optisch sichtbar, dass so was da ist. Ansonsten merke ich gar nicht so viel davon.“

„Freund unserer Familie, (...) der hat erzählt von einer Biker-Party, wo er da letztens war, weil da viele Leute waren, die er kannte, deswegen haben sie ihn eingeladen, dass er da auch hin kommen kann, sagt er, und plötzlich haben sie Nazi-Musik gespielt.“

Den Themen Fremdenfeindlichkeit sowie gelebte Vielfalt und Toleranz wurde große Bedeutung für die Uckermark beigemessen, weil diese im Gemeinwesen immer wieder präsent werden, beispielsweise in Akzeptanzproblemen zwischen Altdörflern und Zugezogenen oder Vorurteilen gegenüber dem Nachbarland Polen.

Diese „Folge von Schlagwörtern“ wird jedoch von Politik, Verwaltung, Wirtschaftsakteuren sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren als Projektname und alleinige Ziele teilweise kritisch bewertet. Viele

Bürger würden allein schon durch so einen langen Namen eher abgeschreckt als interessiert. Zudem würden die Themen nur einen Teil des bestehenden Handlungsbedarfs umfassen. Da die Themen gleichzeitig als wichtig beurteilt wurden, scheint es nicht sinnvoll, diese komplett heraus zu nehmen. Man könnte diese „Schlagwörter“ aber mit Begriffen verbinden, die eine höhere Akzeptanz in der breiten Bevölkerung haben z.B. „Aktives Stadt- oder Dorfleben“ und in den Detailzielen ausdrücklich erhalten.

„(...) also mit den Schlagwörtern kriegen sie hier auch keinen hinterm Ofen vor gelockt. Wenn so ein Satz mehr als fünf solcher Phrasen da drin hat, schalten sie auch alle ab, macht mal euren Scheiß.“

2.1.2 Projektförderung

Das Prinzip der Projektförderung sollte, der Mehrheit der Befragten nach, beibehalten werden. Gegenstimmen betonen die Bedeutung des Aspekts einer kontinuierlichen Förderung und darüber hinaus, eine Steigerung von Stabilität und Qualität sowie die Perspektive einer ganzheitlichen Entwicklung.

Zivilgesellschaftliche Arbeit ist, nach der Meinung der Befragten, stark auf Förderung angewiesen. Die Akteure arbeiten häufig ehrenamtlich zum Zweck des Gemeinwohls. Für die Verwirklichung von Projekten, beispielsweise bei der Finanzierung der notwendigen Sachkosten, sind sie aber auf Unterstützung angewiesen. Von der bisherigen Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements profitierten eher die städtischen als die ländlichen Räume der Uckermark. In den ländlichen Gemeinden gibt es oftmals kleine Vereine, wenige große Träger und kleine Verwaltungen, deren Mitarbeiter kaum Ressourcen haben, um sich intensiv mit Förderprogrammen und der Mittelakquirierung auseinanderzusetzen. Hinzu kommt, dass Teile der Zivilgesellschaft zunächst Hilfe bei der Antragstellung von Anträgen bräuchten, bevor sie selbständig tätig werden können. In Folge dessen, werden Förderprogramme oft gar nicht genutzt. Es wäre daher hilfreich, wenn ländliche Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure zunächst über Förderprogramme informiert, sowie Hilfe in der Antragsstellung angeboten werden würden. Erfahrungen in dieser Form der Vernetzungsarbeit sind bereits in der Gemeinde Randowtal/ Amt Gramzow vorhanden. In der Gemeinde Uckerland versuchen zwei Akteure derzeit die Vereine in Kontakt miteinander zu bringen.

Die Projektförderung wird insofern kritisch gesehen, als Vereine und Träger Projekte nach den vorhandenen Förderprogrammen entwickeln, sie aber nicht immer in der Lage sind diese tatsächlich umzusetzen. Im Notfall müssten andere Vereine/ Träger helfen, denen dann aber die Finanzierung fehlt. Daher sollte, wenn es um die Bewilligung von Förderung geht, ganz genau betrachtet werden, was der Träger leisten kann und wie er es leistet. Zudem verstärkt die Finanzknappheit der Träger die Konkurrenz um öffentliche Förderung untereinander. Da Projektförderung gleichzeitig als notwendig

erachtet wird, kommt es darauf an, sehr gut über die Vereinslandschaft und ihre Kapazitäten vor Ort informiert zu sein.

In der Frage, wie die bewilligten Projekte die Ziele erreichen, bestanden zwischen Begleitausschussmitgliedern und den beantragenden zivilgesellschaftlichen Akteuren teilweise unterschiedliche Auffassungen. Es entstand mitunter der Eindruck, dass das Wissen über den tatsächlichen Bedarf in der Region sowie die Möglichkeiten und Strukturen der Vereine von den BA-Mitgliedern nicht hinreichend erkannt wurden. Bei einer Weiterführung von Projektförderung sollte man sich mit diesen Differenzen auseinandersetzen. Eine Lösungsmöglichkeit könnte z.B. sein, dass die Projektbesprechung intensiver wird und ein enger Kontakt während der Laufzeit der Projekte gehalten wird.

2.1.3 Der Begleitausschuss (BA)

Die Struktur des Begleitausschuss wurde von den befragten Mitgliedern sehr positiv beurteilt, weil das Gremium Akteure, aus den verschiedensten Bereichen, zusammenführte und der Informationsaustausch für die Arbeit als hilfreich bewertet wurde. Im Begleitausschuss sind qua Mitgliedschaft Wirtschaft, Verwaltung, Politik (Landkreis) und Zivilgesellschaft vertreten.

Die Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft und Politik waren allerdings nur selten zur BA-Sitzungen anwesend. Das wurde seitens der Verwaltung und der Zivilgesellschaft als „traurig und enttäuschend“ wahrgenommen. Aus den Befragungen der politischen und der Wirtschaftsakteure wird deutlich, dass ihre Abwesenheit nicht auf generelles Desinteresse an diesen Belangen zurückgeführt werden kann. Beide Akteursgruppen gaben an, dass die zeitlichen Ressourcen oft nicht ausreichend sind und manche Akteure noch stärker für Themen wie soziale Verantwortung der Wirtschaft und aktive Teilhabe am Gemeinwesen interessiert werden müssten. Insbesondere für die Einbeziehung von Wirtschaftsakteuren ist es sinnvoll den Nutzen für die beabsichtigte Arbeit konkret darzustellen und so die Attraktivität der Arbeit zu erhöhen.

Die Mehrheit der BA-Mitglieder wurde als Experte der Zivilgesellschaft angefragt oder als Verwaltungsmitglied mit der Arbeit im BA beauftragt. Nur zwei der befragten BA Mitglieder sind durch eigenes Engagement in das Entscheidungsgremium gekommen. Für die befragte Zivilgesellschaft war es zum Teil nicht nachvollziehbar, nach welchen Mechanismen sich der BA gebildet hat. Bei einer Fortführung dieser Struktur sollten die Mechanismen, nach denen Personen Mitglied des BAs werden, transparent sein. Weiterhin sollten die Mitglieder ein ausreichendes Interesse an der Thematik und die nötigen zeitlichen Ressourcen haben, um zu Sitzungen zu erscheinen und inhaltlich vorbereitet zu sein. In den vergangenen Förderperioden war der Begleitausschuss mitunter nicht beschlussfähig.

Mit dem Zusammenkommen von Akteuren aus den verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Sachkenntnissen, wie im BA, „prallen mitunter Welten aufeinander“. Hier bedarf es oftmals Zeit und einer guten Moderation bis eine gemeinsame Diskussionskultur gefunden wird. Klare Ziele, Aufgaben der einzelnen Akteure und die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme sind dabei förderlich. Die Koordinierungsstelle wurde für die Arbeit des Begleitausschuss als sehr bedeutend beurteilt.

2.2 Neue Handlungsfelder

Die Erweiterung der Handlungsfelder ergibt sich aus den Wünschen und konkreten Bedarfen der befragten Akteursgruppen. Sie wurden gebeten, darzustellen, in welchen Bereichen sie hinsichtlich einer lebenswerten, demokratischen und offenen Gesellschaft in der Uckermark, Handlungsmöglichkeiten sowie -notwendigkeiten sehen. Es wurden zusätzlich Wirtschaftsakteure gefragt, welche konkreten Bedarfe sie in der Wirtschaft wahrnehmen, um mögliche Verbindungen zu den LAP-Zielen aufzudecken.

2.2.1 Politische Akteure²

2.2.1.1 Fraktionsvorsitzender 1

Der Fraktionsvorsitzende 1 bemerkte kritisch, dass nach der Beantragung des LAPs die Arbeit und Themen desselben im Kreistag kaum noch präsent waren. Lediglich Einzelne informieren sich. Ähnlich verlief es nach dem Einzug der NPD in den uckermärkischen Kreistag. Nachdem das Thema anfänglich ganz oben auf der Tagesordnung stand, verschwand es langsam von der Agenda, als sich zeigte, dass die NPD keinen entscheidenden Einfluss auf das Geschehen im Kreistag nimmt. Bei einer Fortführung des LAPs sollte die Kommunikation zwischen BA als Entscheidungsgremium oder der Koordinierungsstelle und dem Kreistag verbessert werden. Es sollte in kurzen Papers, die sehr einfach produziert sind, informiert werden und stärker in den Kreistag hereingetragen werden.

„(...) bei Ihnen haben wir diese massiven Probleme nicht mit der Kommunikation. Aber es wäre auch da sicherlich sinnvoll, das mal im Kreistag, einmal im Jahr, denke ich, sollte schon möglich sein, auch mal vorzustellen. Welche Projekte haben wir gemacht, was haben wir gefördert, was hat es bewirkt, wie viel Geld ist da ausgegeben worden? Das interessiert ja die Angeordneten schon. Dann wissen sie auch worüber da geredet wird und wenn sie angesprochen werden, können sie mitreden.(...) das auch jeder mal nachgucken kann, wo steht meine Gemeinde und warum machen wir auch nicht einmal was in unserem Bereich? Weil, es gibt ja auch Ortsbürgermeister, die im Kreistag sitzen und die vielleicht auch in ihrem Bereich sehen, da da tut sich was, zum Beispiel im rechtsradikalen Bereich. Die dann auch sagen könnten, Mensch, wir müssten

² Die Aussagen der Fraktionsvorsitzenden werden anonymisiert verwendet. Es wurden alle Fraktionsvorsitzenden des Kreistags Uckermark um ein Interview gebeten. In dem zur Verfügung stehenden Zeitrahmen war es leider nicht möglich ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden 4 zu vereinbaren. Mit Fraktionsvorsitzenden 5 kam trotz mehrmaliger versuchter Kontaktaufnahme kein Kontakt zustande.

eigentlich mal gucken, ob wir über den Begleitausschuss nicht auch einmal in meiner Region was hinbekommen. Wenn man denn den Überblick hat, wo überall was gefördert wurde, aber das ist den Kollegen hier nicht bekannt.“

Er betont selbstkritisch, dass hier mitunter auch etwas Druck von außen auf die Kreistagsabgeordneten notwendig ist.

„Und manchmal dann auch Druck machen muss, weil von alleine beschäftigen die sich manchmal auch nicht mit solchen Dingen. Also es war jetzt lange, muss ich ehrlich sagen, nicht mehr Thema im Ältestenrat. Nach der Wahl, war der Aufschrei groß mit der NPD, da war es dann ständig ein Thema im Ältestenrat und jetzt ist es sehr ruhig geworden. Und es war eigentlich geplant, dass wir uns damit noch einmal intensiv beschäftigen.“

Die Konzentration auf Projekte, die sich explizit mit den Themen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Antisemitismus“ und „gelebte Vielfalt und Toleranz“ auseinandersetzen wird zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, jedoch insofern kritisch gesehen, als viele Uckermärker dadurch nicht erreicht werden würden. Daher sollte man sich stärker auf Projekte konzentrieren, die breiter angelegt sind.

„Man sollte sich auf jeden Fall weiterhin damit beschäftigen. Die Frage ist immer nur wie und mit welchen Mitteln, und in welcher Intensität, und die Frage ist, muss etwas extra nur zu diesem Thema sein oder sollte man nicht diese Themen auch mit anderen Themen viel mehr verbinden? Dass es sozusagen auch immer am Rande eine Rolle spielt. Jetzt nicht am Rande, in Form von wenig Bedeutung, sondern das es einfach auch mitläuft und mitklingt. Weil, ich habe immer das Problem, wenn solche Themen so aufgesetzt sind, dass sich da Menschen vielleicht auch ein Stückweit belehrt fühlen und das wollen sie ja auch nicht. (...) Ich denke, wenn es manchmal so im Unterbewusstsein mitlaufen würde, würde es vielleicht sogar mehr Leute erreichen als diese gezielten, plakativen Aktionen.“

Eine interessante und wichtige Themenerweiterung bzw. Themenkopplung, sieht er in der Einbeziehung von Wirtschaft, Tourismus sowie des Bildungs- und Erziehungsbereichs. Er geht hier von einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz des LAPs aus.

„Wo wird die Uckermark in Zukunft stehen? Die ganze Diskussion Wirtschaftsentwicklung in der Region, Tourismus, Fremdenverkehr, diese ganzen Themen müssen wir einfach-, diesen Zuzug auch als Bereicherung, immer wieder diskutieren. Es ist nicht sozusagen eine Konkurrenzsituation oder eine Bedrohung, sondern, dass es für jeden, der hier lebt auch eine Chance ist, wenn neue Menschen dazu kommen, weil wir überaltern, weil wir immer weniger werden, weil wir in unseren eigenen Ideen schmoren. Wenn da neue Leute mit neuen Idee kommen, ist es ja immer eine Bereicherung für die Region und wenn man es beim Thema Wirtschaftsförderung eben nochmal diskutiert, ist es vielleicht was anderes, als wenn man es ausschließlich nur diskutiert unter dieser Überschrift Fremdenfeindlichkeit. Wie gehen wir mit Fremden um? Es gibt ja ganz handfeste Anknüpfungspunkte, auch bei anderen Themen und natürlich in der Bildung sowieso. Es müsste schon von Kita an eigentlich Thema sein, bis hoch in die Gymnasialklassen, dass man es da wirklich überall versucht zu integrieren, weil es ist eigentlich eine Querschnittsaufgabe, die man nicht nur so separat behandeln kann, die eigentlich sich überall wie ein roter Faden dadurch zieht am Ende.“

Eine der wichtigsten zukünftigen Maßnahmen wird im Ausbau einer uckermarkweiten Koordinierungsstelle gesehen. Sie sollte die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Strukturen erfassen und als Anlaufstelle für sämtliche Anfragen zum zivilgesellschaftlichen Engagement in der Uckermark dienen. Damit sollte aus Autorensicht keine Steuerung der Zivilgesellschaft durch die Politik beabsichtigt werden, da dies der Förderung von gelebter Demokratie zuwiderlaufen würde. Gleichwohl kann so eine Art von Listung hilfreich sein, wenn es darum geht, Fördermittel nach einem „gerechten Schlüssel“ zu verteilen. Da die Definition eines „gerechten Schlüssels“ nicht frei von subjektiven Werturteilen bleiben kann, sollten die Kriterien in einem offenen und transparenten Verfahren entwickelt und veröffentlicht werden.

„(...) noch stärker wünschen würde, wie bei vielen anderen Bereichen auch, dass man sozusagen mit dem Geld nicht unbedingt jetzt einzelne Projekte nur fördert, sondern mehr so eine Koordinierungstätigkeit wahrnimmt. Also wir haben ja auch ganz viele Freiwillige, die in allen möglichen Bereich aktiv sind und da bin ich immer ein Freund von denjenigen, der das alles koordiniert, diese freiwilligen Helfer (...) mehr unterstützen, indem man ihnen so eine Anlaufstelle gibt, wo diese ganzen Dinge sozusagen, die Fäden zusammenlaufen. Also nicht jedes freiwillige Projekt braucht jetzt viel Geld. Man kann auch manchmal kleine freiwillige Projekte mit relativ wenigen Mitteln vor Ort machen, aber es muss irgendeiner da sein, der den Hut auf hat und der es alles so ein bisschen koordiniert und dafür sollte man, denke ich schon, auch dauerhaft dann Geld zur Verfügung haben.“

2.2.1.2 Fraktionsvorsitzender 2

Hinsichtlich einer Fortführung des LAPs wird von dem Fraktionsvorsitzenden 2 die Einbeziehung der Wirtschaft als eine Notwendigkeit betrachtet. Die Wirtschaft wird als Basis der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen. Daher sollte vor allem die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden.

„(...) dass das Handlungsfeld insofern erweitert werden muss, als nur durch die Festlegung auf diese Richtungen, so wichtig die auch sein mögen, wir die Menschen nicht unbedingt zum Mitmachen auf Dauer bewegen können, punktuell sicherlich, aber zum Mitmachen auf Dauer, denke ich, ist es notwendig die Frage der Existenzsicherung, der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Und dazu gehören so Dinge, die ich angesprochen habe bezüglich der Absicherung eines lebenswerten Lebens hier in der Uckermark. Das fängt bei infrastrukturellen Geschichten an, so wie schon gesagt, gegenüber schulische Dinge hin zu der Problematik werden Arbeitsplätze erhalten, bis hin zu der Problematik, was machen wir mit Menschen, die nicht mehr für sich selber sorgen können? Das heißt also, dieser gesamte Bereich, der eine familiäre Entwicklung umfasst und darstellt ist insofern wichtig, als wir nur mit den Menschen reden können und die Menschen mitnehmen können, die da sind und deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass das Leben hier so attraktiv ist, dass die Menschen auch hier bleiben wollen.“

Die Wirtschaft ist für ihn auch insofern bedeutend, da sie häufig eine deutungsmächtige Akteursgruppe in den Gemeinwesen darstellt, die das Leben maßgeblich beeinflussen kann. Es wird kritisch bemerkt, dass bisher zu wenige Wirtschaftsakteure sich ihrer sozialen Verantwortung und gestalterischen Stellung im Gemeinwesen bewusst sind. Viele müssten noch angeregt, ermutigt oder überzeugt werden.

„Und es ist eine Tatsache, dass wirtschaftlich tätige Firmen und natürlich die Menschen die diese Firmen führen auch ein sehr sehr großes Zutrauen haben zu Vereinen, die sich entweder dem Voranbringen eines Dorfes, eines bestimmten ländlichen Bereiches, aber auch ganz spezifischen Dinge wie beispielsweise einer Kirche oder eines Sees oder eines historischen Ortskernes verschrieben haben (...) und ich denke, dass ein Großteil unserer Ressourcen einfach darin besteht, dass wir Ebenen schaffen auf denen Menschen für diesen Bereich zusammen kommen können. Da sehe ich den Landkreis aber auch die Städte sehr in der Pflicht dies zu tun und insbesondere natürlich auch dass Interesse von Firmen für einzelne, ich sage mal Denkmäler, beispielsweise oder historisch wirklich relevante Bereiche zu wecken(...)“

Ein weiteres Handlungsfeld wird von ihm in Verbindung mit den uckermärkischen Städten und den umgebenden Dörfern gesehen. Hier sei es wichtig, dass die Städte sich ihrer Bedeutung für das Land bewusster werden und Möglichkeiten finden, die Potenziale in den Dörfern kennenzulernen, wertzuschätzen als auch zu fördern.

„(...) dass es weniger darum geht, ob möglicherweise in den Städten an sich eine andere Bedarfsentwicklung festgestellt (wird) als im flachen Land. Vielmehr geht es wohl darum, dass die Städte ihre Bedeutung für das flache Land sich wohl bewusst werden (,) und diese Verantwortung auch annehmen (.)“
„Ich könnte mir vorstellen dass zum Beispiel unterschiedliche Fraktionen (von) Stadtverordnetenversammlungen auch in unterschiedlichen Dörfern, die zu ihrem Bereich dazu gehören, tagen und man sich auch thematisch mal mit einer entsprechenden Beratung, Versammlung oder was auch immer sie wollen, direkt vor Ort beschäftigt und mit den Menschen da

direkt vor Ort ins Gespräch kommt das stellt nämlich auch eine Form von Wertschätzung dar und das ist extrem wichtig, dass also Menschen, die auf dem Dorf leben, dort ihren, nicht nur ihren Lebensmittelpunkt haben, sondern auch den Mittelpunkt ihres persönlichen Engagements finden, dass die eine Wertschätzung dadurch erfahren, dass sie feststellen, dass die anderen Gremien und auch Entscheidungsgremien nicht nur einfach mal gehört haben, da gibt es was, oder da läuft was, oder da entwickelt sich was, sondern dass sie auch eine Wertschätzung in der Form erleben, dass die Entscheidungsträger sich tiefgründiger über die einzelnen Bereiche informieren und das Wissen dazu dann mitnehmen. Auch wenn es um die Verteilung von Fördergeldern und anderen Geschichten geht, die da so, ich sage mal generell, über kommunale Haushalte verteilt werden, dass natürlich auch immer Prioritätenlisten erstellt werden müssen, weil das Geld ja nie reicht (...) aber nach Wichtigkeit kann eigentlich nur der vorgehen, der tatsächlich über die einzelnen Strukturen und über die einzelnen Entwicklungsbereiche wirklich Bescheid weiß (...)“

Obwohl die Bevölkerungszahl in der Uckermark tendenziell kleiner wird, gibt es auch Menschen, zu meist Berliner, die ihren Lebensmittelpunkt ganz bewusst in die Uckermark legen. Dabei kommt es mitunter zu Akzeptanzproblemen zwischen Zugezogenen und Altdörflern. Hier werden in ganz unterschiedlichen Dörfern teilweise ähnliche Problemlagen deutlich, die eine partielle oder gemeinsame Entwicklung oft bremsen. Dieser Aspekt wurde von den anderen Fraktionsvorsitzenden ebenfalls thematisiert.

„(...) es finden momentan verschiedene (Entwicklungen) innerhalb der Bevölkerungsstruktur in den Dörfern statt. Es gibt eine Menge Leute, die in die Uckermark kommen und die hier tatsächlich, sehr sehr klare Vorstellungen haben was sie suchen und was sie finden wollen, nämlich eine intakte Natur, nämlich Ruhe, ein ländliches Leben wie man es sich als Stadtbürger vorstellt. Im BESTEN Falle, arbeiten die die Neubürger und die Alteingesessenen sehr sehr gut zusammen wenn die Kommunikation stimmt und wenn beide Seiten fair und anständig miteinander umgehen und auch wirklich sagen was sie wollen. Und wenn das Gefühl vermittelt werden kann, dass man sich auf Augenhöhe begegnet. Im schlimmsten Falle haben die Alteingesessenen den Eindruck, die Städter, insbesondere natürlich auch aus Berlin, sind auf der Suche nach Carl Spitzweg und erklären denen dann, dass sie den hier nicht finden werden. Und da gibt es aus meiner Sicht dann durchaus schon den Handlungsbedarf, dass man diesen Findungsprozess, diesen Prozess der Entwicklung gemeinsamer Ideen, Vorstellung und Ziele mit unterstützen muss und das schöne ist, was es dann ein bisschen leichter macht, grundsätzlich sind die Schwierigkeiten und die Probleme in den in den in den ländlichen Bereichen meistens die gleichen ; es geht um Akzeptanz (...)“

Er könnte sich vorstellen ein Gremium zu haben, welche die zivilgesellschaftliche Aktivitäten begleitet und dadurch neue Themenfelder aufdeckt, Projekte/ Themen in den Kommunen anschiebt und eine Öffentlichkeit dafür erschließt.

„Was ich mir möglicherweise wünsche, wäre vielleicht ein Gremium, das den Prozess begleitet, und zwar nicht in Bezug auf wie funktioniert das, sondern begleitet insofern, als parallel zu den Strukturen die bisher da sind, vielleicht eine Gruppe von Menschen sich vorstellen kann (...) bestimmte Themenfelder zu erschließen, insbesondere was den Stadt-Land-Bereich betrifft, insbesondere was die Gemeinsamkeit von Alteingesessenen und Neubürgern betrifft, parallel also zu den bisherigen Strukturen eine Möglichkeit zu geben in den einzelnen Bereichen des Landkreises, ich sage bewusst in den einzelnen Bereichen, weil wir wirklich ein sehr großer Landkreis sind, regelmäßige Gespräche anzubieten und die möglicherweise auch unter bestimmte Themen zu stellen, die ja durch Alt- und Neubürger, Infrastruktur und ähnliche Geschichten ja eigentlich schon vorgegeben sind. So dass es für das Lokale Aktionsbündnis auch möglich ist, bestimmte Handlungsbedarfe aus diesen Gesprächsreihen heraus zu entwickeln und damit möglicherweise, das eigene Betätigungsfeld dann gezielt zu erweitern.“

Für den effizienten Einsatz von Ressourcen sollten die Anstrengungen so konzipiert werden, dass auch andere Regionen in der Uckermark davon profitieren können. Es sollte allerdings beachtet werden, dass nicht alle Problemlagen und Handlungsempfehlungen wie eine Schablone übertragen werden können. Die Freizeit im ländlichen Raum wird beispielsweise weniger durch kommerzielle als durch ehrenamtliche Angebote gestaltet. Es kommt hier sehr stark auf die agierenden Personen sowie den bestehenden Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen an. Abhängig von den Persönlichkeiten und Strukturen vor Ort können unterschiedliche Empfehlungen sinnvoll sein.

„(...)und es wird sich heraus stellen, dass für einzelne Ortschaften die Belange gleich sind. Und es wäre eine Vergeudung von Ressourcen mit jedem einzelnen Ort diese Dinge so gezielt durch zu sprechen, sondern zu schauen, dass man das ein bisschen ordnet und das man etwas größere Gesprächskreise anbietet, wo also denjenigen, die an der Entwicklung des eigenen Dorfes oder des eigenen Umfeldes interessiert sind verdeutlicht wird, an wen kann ich mich wenden, welche Programme gibt es, was sollten wir in das Lokale Aktionsbündnis hinein nehmen, was sollten wir möglicherweise in die Städte hinein bringen, wo sollten wir besondere Kontakte zu Politikern herstellen, die ja naturgemäß auch nach Wegen suchen, um einzelne Bereiche zu entwickeln, aber eben nicht konkret diesen einen Standpunkt, sondern die eben ganz deutlich sagen, wir möchten ganz gern, dass sich das Verhältnis innerhalb der Dörfer wesentlich verbessert, dass sich das Verhältnis der Dörfer zu den Städten verbessert und wenn man dafür drei vier ganz konkrete Vorhaben hat, die sich auch auf jedes Dorf herunter brechen lassen, dann hat man natürlich auch die Chance, gehört zu werden. Weil ein kleines Projekt gefördert zu bekommen auch beispielsweise durch Mittel von Kommunen, Städten, Ämtern, Landkreis ist relativ schwierig, aber wenn man sehr deutlich macht, dass man mit einem Projekt vielleicht einzelne Elemente sehr gut begleiten kann und dass es auch einen Austausch gibt, zwischen den beteiligten Menschen, einen Wissenstransfer, dann denke ich, besteht die Möglichkeit angesichts der knapper werdenden Kassen durchaus auch die Unterstützung, auch hier in der lokalen Ebene zu bekommen.“

Weiterhin wurde kritisch bemerkt, dass es an Möglichkeiten der breiten sachlichen Information fehlt, zu oft würde mit Emotionen statt mit Sachlichkeit debattiert. Es wäre daher sinnvoll zu überlegen, wie man eine sachliche Berichterstattung fördern könnte.

„(...) auch eine gewisse Form von Objektivität notwendig ist und da sehe ich sehr sehr deutlich Handlungsbedarf bei den Zeitungen auch Objektivität walten zu lassen und insbesondere auch die Widersprüchlichkeit der Entwicklungen, die in diesem Landkreis stattfinden genauso widersprüchlich wiederzugeben, ich denke, dass das notwendig ist. (...) Das denke ich, kann man auch auf gar keine Fall nur den Mitarbeitern der Zeitung anlasten, sondern man muss einfach auch fragen, was haben wir als Ottonormalverbraucher getan, um tatsächlich objektiv zu informieren?“

2.2.1.3 Fraktionsvorsitzender 3

Der wichtigste Aspekt, der vom Fraktionsvorsitzenden 3 bezüglich einer Fortführung gesehen wird, ist der Aspekt der Finanzierung. Ohne eine gesicherte Finanzierung wird die Fortführung des LAPs in Anbetracht der leeren Kreiskassen und der brandenburgischen Haushaltssperre, wohl kaum kontinuierlich und qualitativ ansprechend weitergeführt werden. Daher sollte eine Neukonzeption neben dem Schaffen einer Lobby für die LAP-Themen im Kreistag, auch eine Akquirierung von Geldern beinhalten.

„(...) wir müssen aufpassen, dass wir mit der Haushalts- na ja Diskussion 2011 - uns auch diese Position noch einmal angucken, inwieweit wir im Bereich Jugendhilfe oder auch anders Gelder zur Verfügung haben und sie NICHT dem Sparzwang unterwerfen. Haushaltsrechtlich betrachtet könnte es eine zusätzliche freiwillige Aufgabe sein und damit haben wir schlechte Karten, wenn wir nicht sagen, nee, dass sehen wir als wichtige und pflichte Aufgabe an.“

Für die Fortführung sei es zudem wichtig, dass sich die Politik insgesamt stärker positioniert und die Themen auch zu ihren eigenen machen.

„(...)diese breit aufgestellte Front, der so genannten Führungsriege hier im Haus (...)ich hoffe (...) dass der neue Landrat sich auch dieser Thematik mit stellen wird.“

Selbst Kreistagsabgeordnete, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit oder Parteilosigkeit, folgen nicht immer den demokratischen Spielregeln. So würden teilweise Debatten sehr emotional geführt, mit wenigen sachlichen Argumenten. Diskrepanzen, die sich im Zuge von politischen Auseinandersetzungen ergeben, werden sehr schnell auf die persönliche Ebene übertragen und politische Gegenspieler werden aufgrund von Meinungsverschiedenheiten beleidigt. Eventuell könnten Angebote zu

lockeren Zusammenkünften der Kreistagsabgeordneten, beispielsweise beim Grillen oder Lagerfeuer, die Möglichkeit geben, die Mitstreiter in ganz anderen Kontexten wahrzunehmen und kennenzulernen. Dadurch könnte die allgemeine persönliche Wertschätzung erhöht und positive Auswirkungen auf das Miteinander im Kreistag erzeugt werden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass, wenn man den Menschen hinter einer bestimmten Meinung etwas näher kennt und schätzen kann, Diskussionen insgesamt weniger von Emotionen als von Argumenten geleitet werden.

„(...) das am praktischen Beispiel, irgendwo gemeinsam auch am Lagerfeuer (...) miteinander redet und die Person erst einmal selber kennen lernt und vielleicht dann auch (...) bei jeder kritischen Auseinandersetzung (im Kreistag beispielsweise, d. Verf.), die Person noch achtet und nicht unter die Gürtellinie geht. Habe (...) immer versucht den anderen trotzdem zu respektieren, auch wenn ich von seinen Auffassungen wahrlich nicht begeistert war und auch nicht immer in der feinen englischen Art mit dem umgegangen bin (...) und wenn wir das nicht miteinander lernen (...) glaube ich, ist es kompliziert mit anderen ins Gespräch zu kommen und dann über Toleranz zu reden.“

2.2.2 Verwaltungsakteure³

Es werden vielfältige Maßnahmen für die Förderung einer lebenswerten, offenen und demokratischen Gesellschaft befürwortet. So sollten in der Fortführung auch Themen wie Wirtschaft, Schule und Kindergärten noch stärker integriert werden.

Die Arbeit im Begleitausschuss wurde hinsichtlich des Austauschs von verschiedenen Akteursgruppen aus den unterschiedlichen Bereichen der Uckermark als sehr positiv bewertet und sollte weiter verfolgt werden.

Das Projekt „Gegenrede“ wird positiv wahrgenommen, da es ausführlich über rechtsextreme Tendenzen in der Uckermark berichtet. Durch die Möglichkeit, Beiträge zu formulieren, wird eine Auseinandersetzung zum Thema angeregt und für den außenstehenden Betrachter überhaupt erst sichtbar.

2.2.3 Polizei – Schutzbereich Uckermark

Die Themen des LAP „gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und für gelebte Vielfalt und Toleranz“ sind aus Sicht der Polizei ausreichend, um dem uckermärkischen Handlungsbedarf entsprechend arbeiten zu können. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Arbeit zu diesen Themen noch wesentlich fokussierter und effizienter gestaltet werden könnte. So sollte sich bei einer Fortführung des LAPs zukünftig stärker auf die Schaffung von Strukturen, wie beispielsweise die Förderung von Netzwerken konzentriert werden.

„Die Ziele des LAPs sind ausreichend, allerdings das was bisher gemacht wurde nicht.“

³ Als Verwaltungsakteure wurden Frau Gilgen vom Jugendamt und Herr Polzehl, Bürgermeister der Stadt Schwedt befragt. Die Auswahl erfolgte in Zusammenarbeit mit dem BA. Frau Gilgen ist auch Mitglied des BAs.

Die Polizei hat ein großes Interesse daran, in abgestimmten Maßnahmen mit anderen Akteuren der Uckermark zu arbeiten und präventiv tätig zu werden. Nach ihren Erfahrungen ist punktuell Agieren selten zielführend. Präventive Maßnahmen, wie die Gründung der Lenkungsgruppe, in der u.a. Akteure aus Schule, Ordnungsamt und Judikative involviert sind, wurde als sehr erfolgreich beschrieben.

„(...) die Demokratieentwicklung, die Toleranzentwicklung, die Erziehung, ich sag mal ganz bewusst, die Erziehung (...) weil wir mit den Folgen zu kämpfen haben (...) das heißt, wir haben die nicht immer nur als politisch motivierte Straftäter, aber als Straftäter irgendwann da. (...) die beschäftigen uns ständig und zwar wirklich, einige ständig, und um dem schon mal vorzubeugen, denke ich, ist es eine ganz wichtige Aufgabe auch der Polizei, hier mit dabei zu sei und anhand von unseren Erkenntnissen, die wir haben, das vielleicht ein bisschen mit zu steuern“

Die Zusammenarbeit sei häufig mit kleineren Ämtern und Gemeinden schwierig, da die Akteure die von der Polizei beschriebenen Problemlagen mitunter nicht wahr- und annehmen. Ein Themenfeld könnte z.B. die verstärkte Arbeit mit Kommunen sein.

„Nee, entweder die wollen oder sie wollen nicht. Das sind die zwei Möglichkeiten und man will, in aller Regel erst, wenn man ein Problem hat, sonst nicht. Sonst läuft ganz normale Zusammenarbeit (...) aber so richtig auf Polizei hören oder, nicht nur hören, sondern die eigenen Aufgaben richtig wahrnehmen und Polizei mit einbeziehen, ist relativ selten aus Eigeninitiative.“

Ein weiteres Handlungsfeld wird in der Erstellung einer Aufzählung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Uckermark gesehen, die eventuell stärker zusammengeführt werden könnten. Man hat keine Aufstellung darüber, welche Personen oder Organisationen in der Uckermark aktiv sind (Wer handelt wie?). Hier gäbe es ein Bedarf die zivilgesellschaftlichen Akteure stärker zu koordinieren.

„(...) es gibt bis heute keine Aufstellung für die gesamt Uckermark, welche Organisation, welche Aktivitäten, welche Projekt, welche Personen hier eigentlich handeln. Die gibt es bis jetzt nicht und ohne das man das konkret weiß, da weiß jeder mal ein bisschen was, aber niemals zusammengefasst, kann man auch nicht konkret alles koordinieren, was da passiert, was hier in der Uckermark passiert. Das heißt, es ist auch jetzt noch, nach drei Jahren LAP, immer noch ein Stückwerk.“

„(...) es gibt ganz viele gute Ideen, gute Projekte, engagiert Leute, die aber für sich alleine, ihre Wurst, ihr Thema bearbeiten und auch teilweise, na ja, nicht wissen was es noch daneben gibt, aber manchmal auch nicht wollen, mit anderen zusammen zu arbeiten und da gibt es sehr viel, wie heißt es so schön, Synergieeffekte. Eine ganze Menge, wo man also mit dem Aufwand, der jetzt betrieben wird, viel mehr erreichen könnte (...“

Bei einer Fortführung des LAP sollte dieser breiter kommuniziert werden. Einige Regionen der Uckermark haben keine oder kaum Kenntnis über das Förderprogramm gehabt.

„(...) da habe ich mal den Bürgermeister gefragt, wissen sie überhaupt, dass es so was gibt? Nö. Also, es ist bestimmt auch nicht anständig kommuniziert worden. Also die Kommunen haben alle schon mal was davon gehört, aber nicht so, dass es bei denen haften geblieben ist, dass die gesagt haben, ok, dieses Dienstes kann ich mich irgendwie mal bedienen (...) Die ganze Öffentlichkeit, die Werbung dafür - da ist nicht allzu viel passiert, auch bis jetzt nicht(...“

2.2.4 Wirtschaftsakteure⁴

Nur wenige der befragten Wirtschaftsakteure sehen Möglichkeiten, sich mit den Themen des LAPs „gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, für Vielfalt und Toleranz“ im Un-

⁴ Hier wurden Vertreter von Unternehmen unterschiedlicher Größe sowie Branchenausrichtung und von Wirtschaftsverbänden, die in der Uckermark tätig sind, befragt.

ternehmen direkt auseinanderzusetzen. In kleineren Betrieben, in denen fast täglich Kontakt zwischen Unternehmer und Mitarbeiter besteht, fließen die Themen, bei entsprechendem Interesse des Unternehmers, häufig in Form von Pausengesprächen ein. Die befragten klein- und mittelständischen Unternehmer, denen die Entwicklung des Gemeinwesens am Herzen liegt, hoffen dadurch auch in die Familien und größere Kreise zu wirken. In Unternehmen, die im sozialen und touristischen Bereich tätig sind, gehören Themen wie Respekt, Akzeptanz von anderen, Hilfsbereitschaft usw. nach Meinung der Befragten zur Grundlage des Berufs. In größeren Unternehmen, die nicht in diesen Bereichen tätig sind, werden Themen wie gewaltfreier Umgang, Achtung und Respekt, Toleranz usw. zumeist in Form von Unternehmensphilosophien umgesetzt. Zudem wurde angemerkt, dass moderne Managementmethoden eine Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften sind und Themen wie beispielsweise Gewaltfreiheit, respektvoller Umgang miteinander und Interesse füreinander integriert sind.

„(...) im internationalen Wettbewerb können Sie nur bestehen, wenn Sie modernste Managementmethoden haben und modernste Managementmethoden sind nun einmal auf der Achtung des Gegenübers zum Zwecke des optimierten Einsatz desselben oder derselben ausgerichtet und das das geht gar nicht anders.“

„(...) mmh, also das Allerwichtigste ist, glaube ich, wie man selber in seiner Firma mit diesen Themen umgeht. Also wenn ich in meinem Betrieb Toleranz lebe, färbt das zumindest auf meine Mitarbeiter und von da aus vielleicht auf ihre Familien oder Kinder ab. (...) Und (...) wenn ich jetzt mit Sachen nicht einverstanden bin oder (...) wenn ich irgendwo jemanden sehe, der sich so oder so äußert ne, ich geh nicht vorbei oder mein Mann auch nicht, sondern wir sagen unsere Meinung, so wie es denn eben so gerade ist. Ob man nu aneckt oder nicht, aber manchmal ist es ja doch ein kleiner Anstoß und da denke ich, man erreicht die Bürger eigentlich nur in seinem Umfeld über die Arbeit, da sind sie ja(...)“

Ein funktionierendes Gemeinwesen, im weitesten Sinn, spielt in Bezug auf die Ökonomie eher für die Wirtschaftsunternehmen eine Rolle, die auf Spezialisten angewiesen und/oder im touristischen Bereich tätig sind. Hier besteht tendenziell auch eher Interesse der Wirtschaft, das örtliche Gemeinwesen mitzugestalten.

„So und wissen Sie, unsere Konkurrenz, die liegt in der Nähe von Köln, die liegt in der Nähe von München (...) so und die jungen Leute, die, die noch Ingenieurwissenschaften und Verfahrenstechnik studieren, die können sich das aussuchen. So deshalb, es muss hier funktionieren, das Gemeinwesen muss hier funktionieren, nachvollziehbar funktionieren.“

Daneben wurden auch Bedarfe aufgezeigt, die fast alle befragten Unternehmer gleichermaßen wahrnehmen. Von den befragten Wirtschaftsakteuren wurde angegeben, dass die Qualität der Bewerber für Ausbildungsstellen in den letzten Jahren schlechter wurde. Sie beschrieben Defizite u.a. in den Grundfächern wie Deutsch und Mathematik, den sozialen Kompetenzen, hinsichtlich der Allgemeinbildung und der Kenntnis ihrer Region. Die Arbeit mit Jugendlichen in diesen Themen sei auch notwendig, weil ein Teil der Eltern, die häufig die ersten Ansprechpartner für die Kinder sind, anscheinend nicht mehr die Kompetenzen besitzen, ihr Kind im Berufsfindungsweg und in der Suche nach Lehrstellen erfolgreich zu begleiten. Ein mögliches Thema für den LAP wird daher in der verstärkten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schule gesehen. Ein Befragter gab beispielsweise an, dass sie seit geraumer Zeit sehr gute Erfahrungen mit ehemaligen Praktikanten als Lehrlinge gemacht

haben. Der Nutzen für die Wirtschaft wäre der, dass sie die potenziellen Auszubildenden schon einmal kennenlernen könnten bzw. Interesse bei den Jugendlichen für diesen Beruf wecken.

„(...)zunehmend stellen wir fest (...) dass die Ortskenntnisse erstaunlich schwach (sind). (...) Fragen sie mal einen Schüler, heute auf der Straße (...) sie sollen eine Empfehlung geben, nur zwei Punkte, die man besuchen kann (...)“

„Wir haben Auszubildende hier, die, wie soll ich das ausdrücken, die Eltern sitzen zu Hause, sind Hartz4-Emfänger und da kann man sich vorstellen, wie der Sohn oder wie die Tochter sich zum Teil präsentiert. Sie kommen zum Vorstellungsgespräch mit Piercings, mit kaputten Hosen, so dass man die Tattoos sieht. Sollen sie alles machen, ist ja ok, aber geht halt überhaupt nicht (hier). Und ich kann ja nicht mal dem Azubi einen Vorwurf machen, sondern ich muss eigentlich den Hintergrund suchen, also die Eltern eigentlich schon ein bisschen mit rein nehmen. Also das merkt man schon ganz stark, es ist wirklich ein, ja, wie soll ich sagen, ein dünnes Niveau.“

Bereits heute wird daran gedacht, zukünftig auch Polen als Auszubildende einzustellen, um die entstehenden Lücken zu kompensieren. In Anbetracht, dass auch heute schon vereinzelt polnische Mitarbeiter in uckermärkischen Unternehmen beschäftigt sind und die Uckermark eine Grenzregion zu Polen ist, könnten auch Projekte in dieser Hinsicht fokussiert werden.

„(...)wir erwarten, dass in Zukunft hier durchaus mehr polnische Mitarbeiter die Lücken schließen, die wir hier aus der Region nicht mehr versorgen können.“

Mit Blick auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Uckermark, wurden die Proteste von Bürgerinitiativen gegen bestimmte Wirtschaftsansiedelung, wie beispielsweise die Schweinemastanlage in Hassleben, von einigen Befragten negativ beurteilt. Sie würden dadurch eine dringend notwendige wirtschaftliche Entwicklung der Uckermark behindern. Bürgerinitiativen, als ein Instrument der Demokratie, wurden dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Jedoch wurde ihnen unterstellt eine „grundsätzliche Antihaltung“ zu vertreten, die auf keinen sachlichen Argumenten gründete. Hinzu käme, dass keine alternativen Wirtschaftsansiedelungen entwickelt werden würden. Es gäbe auch eine große Bevölkerungsgruppe, die z.B. für die Ansiedelung der Mastanlage sei, sie bekomme man aber nur schwer mobilisiert. Ohne in diesen Themen selbst eine Position zu beziehen, könnten diese Auseinandersetzungen genutzt werden, um die Menschen ins Gespräch zu bringen und neue und/oder alte Wege auch gemeinsam zu entwickeln.

„So, da gibt's Bürgerinitiativen, die erklären schon von vornherein, da-gegen kämpfen wir. Also sie wollen nicht die Abwägung 500 Kühe, was macht das, wie sieht's aus, sondern sie wissen von vornherein, dass sie das nicht wollen und finden dann auch alle Argumente im Endeffekt, um das Verfahren aufrecht zu erhalten oder ändern die Lust zu nehmen, da weiter zu machen.“

„Das sind im Wesentlichen, aus meiner Sicht, relativ wenige, die Verunsicherung und Ängste dann schüren und über diesen Weg andere, sagen wir mal, mit in die Runde einbeziehen. (...) Im Wesentlichen sind es Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte, die sich also zum gewissen Teil mit der Materie auskennen. Jetzt kommt die Dorfbevölkerung und denk, na ja Gott, wenn der Herr Doktor das schon sagt, da wir wohl was da dran sein.“

Viele Wirtschaftsakteure sind in der Uckermark verwurzelt. Sie sind zumeist selbst Teil des Gemeinwesens und hätten damit auch ein Interesse daran, ein lebenswertes Gemeinwesen, i.S.v. lebendig, offen, solidarisch und demokratisch, vorzufinden. Von einigen Befragten wurde auch immer wieder

betont, dass sich die Wirtschaft insgesamt ihrer Verantwortung im Gemeinwesen noch stärker bewusst werden sollte. Das könnte Teil einer neuen Strategie sein.

„(...)sicherlich schon aus dem Grunde heraus, weil ja viele Unternehmer aus der Region stammen, dass sie sagen, so sie haben ihr Unternehmen hier, in der Regel natürlich ihr kleines Unternehmen, sie sind natürlich auch sehr stark interessiert, dass wenn sie jetzt ihr Unternehmen verlassen, jetzt hier Freizeitaktivitäten haben, oder einkaufen gehen oder Kino oder Theater, dass natürlich das Umfeld auch stimmt und passt und das gehört mit rein hier.“

„Und ganz wichtig ist natürlich, zu den entsprechenden Leuten, das Vertrauen aufzubauen. (...)und dann eben immer wieder motivieren, wir haben mal drüber gesprochen, komm lass uns mal was machen und mal einen Sinn da drinnen sehen. Und da fehlen eigentlich Leute dazu, die das konkret mit dem Unternehmer machen hier. Ja auf so ein Art und Weise, die der Unternehmer versteht und auch nicht so da in den Sack stecken und draufhauen bis er es verstanden hat.“

„(...) WIR, Wirtschaftsdenkende, handelnde Menschen, wir müssen uns ganz wichtig einbringen, schon in der Kita (...) das ist Tatsache. Du musst als Unternehmer, dich nicht unternehmerisch in einer Sache dort sehen und dort einbringen und dich wieder finden. Nee, du musst dich genauso in der Region einbringen. Du musst dich in der Entwicklung, was Kinder heißt mit einbringen, um genau das dort zu leben. Weil ein Unternehmen an sich lebt ja nicht, funktioniert ja nicht, wenn es sich nicht in der Region selbst verankert, mit tut (...)“

„Und wenn der Unternehmer auch nicht das Verständnis hat für diese bestimmten Dinge, die Sie jetzt hier angesprochen haben, dass er sich aber durch diese gute Partnerschaft zum Beispiel mit uns auch sich ermutigen lässt, mal tiefer über diese Sachen nachzudenken. Nur so.“

Wirtschaftsakteure haben zumeist nur sehr wenig Zeit, Interessen außerhalb ihres Unternehmens zu verfolgen. Wenn man sie dennoch interessieren möchte, kommt es darauf an, das Anliegen kurz und inhaltsreich zu formulieren, vertrauensvolle und kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten und einen klaren Nutzen für die Wirtschaft anzubieten.

Netzwerkbildungen mit Wirtschaftsakteuren, beispielsweise zum Thema „Was können wir da tun“ werden eher kritisch gesehen. Sinnvoll wäre, bereits mit einem konkreten Anliegen bzw. Projekt in die Wirtschaft reinzugehen und dann ggf. gemeinsam zu modifizieren. Die Teilnehmerzahl sollte nicht zu groß sein und alle Beteiligten ein Interesse an der Teilnahme haben. Kritiker könnte nach und nach durch erste Erfolge überzeugt werden.

„Ich denke mal, das müsste von der Form her schon die ganze Sache konkret betitelt werden. Dass man sagt, so wir haben da eine große Sache vor und dann müssten wir das oder jenes machen, das wird beim Unternehmer nicht ankommen, weil er gar nicht die Zeit hat, sich da selber nochmal Gedanken zu machen. Je konkreter das für den Unternehmen ist, je konkreter die Sache benannt wird, egal in welche Richtung, desto bereiter ist der Unternehmer auch da mal drüber nachzudenken. Weil der Unternehmer ist ein realistisch, wirklich realistisch denkender Mensch. (...)Er ist Realist (,) was Fakt ist, was für ihn was bringt, für die Sache ist er zu begeistern und so ähnlich könnt ich mir dat auch vorstellen.“

„Ja also ich kann Ihnen mal sagen, wie so ein Netzwerk aus meiner Sicht aussieht, das ist zwar zu einem anderen Thema, aber da waren wir jetzt auch Mitglied. Das sieht so aus, es gibt einen Netzwerkmanager, der einem zu dem Netzwerk einlädt und dann muss man einen Mitgliedsbeitrag bezahlen und dazu gibt es dann eine Mitgliederversammlung, einmal jährlich, und eine weitere Veranstaltung pro Jahr die ausgerichtet wird. Das war's. Also, das sind so unsere Erfahrungen, es gibt andere Netzwerke, da gibt es irgendwie noch eine Mail dazu, alle zwei Monate ein Rundschreiben an die Mitglieder und aus unserer Sicht, rausgeschmissenes Geld. Ganz ehrlich, was soll dabei rumkommen?“

„(...) dass man mit diesen konkreten Sachen eben auch bloß an konkrete Unternehmer herangeht, die dafür echt einen Verständnis haben und um das wieder rauszukriegen braucht man, denk ich mal, Partner so wie wir, die sagen, so mit denen könnt man das machen, mit denen könnte man mal ein Gespräch führen und das dieser Unternehmer dann Multiplikator ist und andere Unternehmer mit reinbringt, die er denn auch kennt. Das er sagt, ok der hat genau das gleiche Verständnis wie ich in dieser Richtung, mit dem können wir zusammen arbeiten.“

„(...)so was machen wir schon, aber da sehen wir uns nicht im driving-center. Das ist letztlich nicht unsere primäre Aufgabe.“

2.2.5 Zivilgesellschaft⁵

Im neuen LAP sollte nach Meinung der befragten Zivilgesellschaft primär Projekte gefördert werden, die eher auf die Entwicklung eines „lebendigen Gemeinwesens“ abzielen. Hier wird unabhängig von rechtsextremen Erscheinungen und Tendenzen, ein Handlungsbedarf gesehen. Dabei würden indirekt auch eine Auseinandersetzung mit demokratieabgewandten und rechtsextremen Erscheinungen und Verhalten stattfinden. Vielfach ginge es darum, Kindern und Jugendlichen Angebote zur persönlichen Weiterentwicklung zu machen, die vom eigenen Elternhaus kaum Möglichkeiten dazu bekommen.

„(...) das breite Spektrum schon belassen, aber irgendwie eine Erweiterung zulassen. Also nicht nach Punkt, Komma, Strich, so wie die deutsche Bürokratie leider ist. Wie ich gesagt habe, wenn ich da (...) eine Ferienaktion gestalten, darüber finanzieren will (...) im Rahmen dieser Campwoche tut man viel für Fremdenfreundlichkeit, führt Gespräche, wertet aus und durch dieses Miteinander entwickle ich es ja.“

„Also Diskriminierung ist ein großes Thema, Gleichbehandlung, gleiche Chancen, gleiche Möglichkeiten, Offenheit, Zukunftsperspektiven sichern, Allgemeinbildung.“

Es konnten bereits gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Gemeindevertretungen mit Blick auf zivilgesellschaftliche Projekte, die auf eine Strukturentwicklung abzielen, gemacht werden. Durch die Kenntnis über die Arbeitsstrukturen in der Gemeindeverwaltung, konnte auch die zivilgesellschaftliche Arbeit noch gezielter und erfolgreicher gestaltet werden.

„(...) wenn man wirklich an Strukturentwicklung interessiert ist, in einer ländlichen Gemeinde, kommt man um die Gemeindevertretung nicht rum. Man muss sie immer informieren, man muss Projekte vorstellen. Dann wird manchmal auch ein bisschen schräg diskutiert, weil denen das irgendwie zu viel oder zu modern ist, keine Ahnung. Man muss sie so in ihrer Geschwindigkeit mitnehmen und auch den Verwaltungsweg irgendwie einhalten und das ist für unseren Verein oder für mich auch interessant, das alles jetzt auch so zu erfahren und dadurch wird aber die Art und Weise wie wir arbeiten wesentlich effektiver.“

Weiterhin seien für Strukturentwicklungen Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren notwendig, wenn ein nachhaltiger Nutzen daraus entstehen soll. Kenntnisse über die zivilgesellschaftliche Landschaft sind dabei vorteilhaft. Das vorhandene Wissen über die zivilgesellschaftlichen Strukturen der Uckermark, welches für Kooperationen erforderlich ist, ist sehr verschieden und abhängig von der Region in der Uckermark sowie der befragten Person. Durch die Interviews entstand der Eindruck, dass die Vernetzung und Kenntnisse im Schwedter Raum, also östlich der Autobahn, etwas intensiver sind als westlich der Autobahn A 11. In der Gemeinde Randowtal/ Amt Gramzow wurde im letzten Jahr durch ein ebenfalls gefördertes Projekt, die zivilgesellschaftlichen Strukturen

⁵ Die befragten zivilgesellschaftlichen Akteure wurden anhand einer Liste der geförderten LAP Projekte ausgewählt. Von den befragten Akteuren waren drei Akteure in einer Kleinstadt (mehr als 2000 EW), ein Akteur in einer Landstadt (unter 2000 EW) und ein Akteur im ländlichen Raum tätig.

erfasst und die Akteure zusammengebracht. Das wurde als sehr erfolgreich beurteilt, weil dadurch auch neue Projekte für die Region entstanden sind. In der Gemeinde Uckerland wird gerade begonnen, initiiert von zwei Personen, die dortigen Vereine in Kontakt zu bringen, um voneinander zu lernen.

„(...)wenn wir jetzt irgendwie Investoren oder Fördermittelgeber überzeugen wollen, müssen wir gut informiert sein, auch über diese anderen Projekte. Weil wir müssen sozusagen zeigen, das macht Sinn, weil es gibt ja noch was anderes und das ergänzt sich gegenseitig. Denn wer soll in unsere Region kommen, nur um auf diesen Dorfturm rauf zu klettern, runter zu gucken? Das dauert vielleicht eine Stunde und dann, man braucht auch wirklich Logistik, man braucht Parkplätze und so weiter. Gerade bei dieser Logistik, die die alle gemeinsam nutzen können, da ist es dann auch extrem wichtig, dass man dieses Netzwerk zeigt und ich finde diese Kooperation wird bei solchen Infrastruktursachen, die ja die Basis für gute inhaltliche Projekte dann hoffentlich schaffen, da ist Kooperation extrem wichtig. Ich glaube auch nicht, dass es da heute noch irgendwen hinter dem Ofen vor lockt oder überzeugt, wenn man sagt, wir schaffen Infrastruktur an, irgendwo im Niemandsland, an einer Stelle und rundherum ist irgendwie die uckermärkische Wüste oder noch ein paar Windräder (...) das muss so komplexer entwickelt werden.“

Nicht alle Regionen und Vereine haben Kenntnisse und Zugänge zu den Förderprogrammen auf den verschiedenen politischen Ebenen. Mitunter fehlen einfach die personellen oder zeitlichen Ressourcen, um sich diesen Bereichen zu widmen. Die größeren Träger, die hier mehr Ressourcen zur Verfügung haben, konzentrieren sich stärker auf die städtischen Räume. Hier könnten Hilfestellungen zur Selbsthilfe in den ländlichen Räumen sinnvoll sein.

„(...) ich lebe in einer ganz kleinen ländlichen Gemeinde (...) und die ganze Gemeindevertretung arbeitet ehrenamtlich und solche Gemeindeformen haben es echt schwer irgendwie an Fördermittel ranzukommen, Projektmanager zu engagieren und zu bezahlen, die jetzt so gezielt ihre Projekte weiterentwickeln, die auch Sinn machen und das merkt man der Gemeinde regelrecht an. Die haben im Prinzip die letzten Förderperioden der EU komplett verschlafen.“

In manchen Orten wird das zivilgesellschaftliche Engagement sehr stark von Zugezogenen beeinflusst. Mitunter kommt es dabei zu Akzeptanzproblemen zwischen den Zugezogenen und den Alteingesessenen. Die Förderung der Verständigung und Akzeptanz zwischen Alteingesessenen und Zugezogene würde sich daher als Thema eines neuen LAPs anbieten. Durch die Praxis sind auch schon einzelne Erfahrungen hinsichtlich von Lösungsmöglichkeiten vorhanden.

„(...) es ist so, dass die Uckermärker, wenn jetzt neu Zugezogene kommen, die dann auch erst einmal Aktionen machen (...) die erst einmal so argwöhnisch beäugen (...) also man kommt irgendwie, denke ich, mit einem anderen Tempo an, mit einer anderen Herangehensweise Dinge auf den Weg zu bringen. (...) Man hält, wenn ich es jetzt mal Ureinwohner nennen soll, eben manchmal auch ein Spiegel ihrer, wie soll ich es sagen, ihrer Passivität ist vielleicht das falsche Wort, aber irgendwie wissen sie einfach auch nicht, dass sie sich zum Teil, wenn sie sich selbst organisieren und Dinge thematisieren auch gegen bestimmte Zustände wehren könnten oder (...) sich gezielt auch weiterentwickeln können, nicht so stagnieren müssten. (...) Das hält man ihnen dann, ob man es will oder nicht, sozusagen diesen Spiegel auch vor (...) das wird nicht immer positiv aufgenommen (...) was wir jetzt aber so gemerkt haben, man muss sie so gezielt ansprechen, wenn man jetzt so allgemein sagt, wir machen jetzt ein Fest (...) der spricht die jetzt direkt an und sagt ihnen eben so richtig, sie könnten mit aufbauen helfen (...) und wenn man sie persönlich anspricht (...) dann klappt es besser, dann fühlen sie sich eben auch beteiligt. Also man muss da so verschiedene Wege ausprobieren und dann gibt es einfach auch Projekte, die wir machen, da haben sie auch wenig Zugang zu, die sind dann einfach vielleicht eine Nummer zu abgehoben (...)“

Die Projektförderung sollte nach dem Dafürhalten der Befragten erhalten bleiben, die Themen aber geöffnet werden. An das Gremium, das über die Vergabe entscheidet, werden konkrete Erwartungen gestellt. Die Mitglieder sollten ernsthaftes Interesse an und ausreichend Zeit für die Teilnahme haben, genaue Kenntnis über die örtlichen Gegebenheiten, die Entstehung des Gremiums sollte trans-

parent sein, die Beschlussfähigkeit sollte zum Sitzungstermin immer vorhanden sein und es sollte sich ausreichend mit den Projekten im Vorhinein beschäftigt werden.

„(...) beziehungsweise vom Klima her, bei der einen Sitzung, die Ernsthaftigkeit, denn wenn jemand ein Projekt vorstellt und andere sich dabei unterhalten, ist es so eine Sache beziehungsweise wenn darum gekämpft wird überhaupt Abstimmungsfähig zu sein (...)“

2.3 Zusammenfassung

Zum Abschluss des zweiten Kapitels sollen hier die wichtigsten Ergebnisse der Befragung und der eigenen Beobachtungen zusammengefasst werden.

Begleitausschuss

Die Strukturen und die Arbeit im LAP 2007-2010 werden von den Befragten überwiegend positiv beurteilt. So konnten beispielsweise Akteure aus den verschiedenen Bereichen im BA zusammen kommen und in den gemeinsamen Aushandlungsprozessen von den vorhandenen Kompetenzen der anderen lernen. Weiterhin konnten durch die Projektförderung die Aktivitäten der örtlichen Zivilgesellschaft unterstützt und gesichert werden, sowie einzelne Projekte angeschoben werden, die neue Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für die gesamte Uckermark generierten. In diesem Zusammenhang muss allerdings auch kritisch bemerkt werden, dass aus dem Kontakt von Akteuren aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Regionen zwar Informationen für die BA Mitglieder uckermarkweit zugänglich wurden, aber daraus kaum qualitative Strukturverbesserungen hervorgegangen sind, beispielsweise in der Art, dass neue Kommunikationskanäle zwischen der Prenzlauer und Schwedter Verwaltung entstanden sind. Bei einer gewünschten Fortführung des LAPs in der Struktur, Bewilligung von Förderung über ein Entscheidungsgremium, sollte, ausgehend von den positiven wie negativeren Erfahrungen im BA 2007-2010, auf folgende Punkte besonders geachtet werden.

Ein künftiges Gremium zur Aktivierung und Begleitung von Prozessen und Projekten zur Demokratieentwicklung sollte in einem öffentlichen und transparenten Prozess gebildet werden, so dass Akteure aus den verschiedenen Regionen der Uckermark und aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen die Möglichkeit zur Teilnahme bekommen.

In diesem Gremium sollten Spezialisten für bestimmte Themen und Regionen, als auch Akteure involviert sein, die einen breiten Blick auf die Uckermark haben wie z.B. Fraktionsvorsitzende, die Kreisverwaltung, die Polizei, uckermarkweit agierende Personen und Vereine. Entscheidungen können so mit dem Blick auf die jeweiligen Besonderheiten der Region, als auch auf die „uckermärkische Weite“ detaillierter beurteilt werden. Das Eigeninteresse der Entscheider an finanziellen Zuwendungen sollte sehr gering sein, da dieses für die sachliche Entscheidung über die Vergabe der Projektförderung eher hinderlich ist.

Die beteiligten Akteure in einem solchen neu zu schaffenden Gremium sollten ein wirkliches Interesse, Ernsthaftigkeit und ausreichend Zeit für die Arbeit mitbringen. Die Abstimmungsfähigkeit muss zum Sitzungstermin gesichert sein. Daher sollten die Sitzungstermine so gelegt sein, dass alle beteiligten Akteure die grundsätzliche Möglichkeit zur Teilnahme haben. Wenn man einer breiten Öffentlichkeit prinzipiell gut zugänglich sein möchte, scheint es sinnvoll, die Sitzungen auf den späten Nachmittag zu legen. Zur Förderung der kontinuierlichen Arbeit und der Sicherung von Abstimmungsfähigkeit zu den Sitzungen, könnte das Recht zur Stimmabgabe entfallen, wenn ein Vertreter während einer bestimmten Zahl von Sitzungen in einem festgelegten Zeitraum nicht anwesend war.

Das Gremium sollte sich, bevor die Arbeit konkret aufgenommen wird, zunächst als Gruppe finden. Das impliziert eine Verständigung auf Regeln, z.B. auch über den Umgang mit Differenzen, grundsätzlichen Sichtweisen und Erwartungen der einzelnen Akteure. In der konkreten Projektentscheidung würden zeitintensive Diskussionen, beispielsweise über die jeweilige Entscheidungsgrundlage entfallen. Die frühzeitige und abstrakte Diskussion über die eigenen Regeln ist auch insofern sinnvoll, da hier noch kein konkreter Streitpunkt wie ein Projekt vorhanden ist und Diskrepanzen in der Regelung recht nüchtern gelöst werden können.

Die Arbeit eines Aktivierungs- und Begleitgremiums ist nicht ohne eine Koordinierungsstelle möglich. Ihre Verantwortung liegt darin, innovative Ideen aus anderen Regionen oder auch Ländern zu kommunizieren, inhaltliche Anregungen in die Kommunen der Uckermark zu tragen sowie die Mitglieder des Entscheidungsgremiums einzuladen, Informationen zu den Projekten zu verteilen, Sitzungen vorzubereiten und durchzuführen sowie die Verwaltung der Gelder zu verantworten. Je nach Bedarf kann bzw. muss das Aufgabenspektrum der Koordinierung erweitert bzw. intensiviert werden.

Die Öffentlichkeit wie auch die Kommunalvertreter müssen stärker zum LAP und seinen Projekten informiert und wenn möglich involviert werden. Hierzu könnten die örtliche Presse, Kreistags- und Ausschusssitzungen oder Internetseiten der Kommunen genutzt werden. In den Dörfern könnten die Ortsvorsteher gebeten werden, per Zettel im Schaukasten oder im Gespräch über die Möglichkeiten des LAPs zu informieren.

Die Entscheidung über die Bewilligung von Projekten sollte nach genauesten Kenntnissen über die jeweiligen Projektregionen, vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten erfolgen. Da die örtlichen Gegebenheiten in der Uckermark sehr unterschiedlich sind (Trägerkonzentrationen, Größe der Träger, Vielfalt vorhandener Vereine), scheint es sinnvoll, beispielsweise bei Projekten im ländlichen Raum andere Bewertungskriterien zu Grunde zu legen, als in den städtischen Räumen. Daher sollte sich vor der Umsetzung eines neuen LAPs intensiv mit den Förderkriterien auseinandergesetzt werden.

Projektförderung

Die Projektförderung sollte nach dem Dafürhalten von allen Befragten weitergeführt werden. Diese sollte aber nicht nur auf punktuell wirkende Mikroprojekte konzentriert sein, sondern stärker auf strukturelle Verbesserungen der Region abheben. So wäre beispielsweise eine Auflistung mit Kontaktadressen und Tätigkeitsfeldern aller zivilgesellschaftlichen Akteure, Beratungsinstitutionen und Netzwerken hilfreich für künftige Netzwerkarbeit, Kommunikation und den Austausch zwischen den Akteuren. Diese „gelben Seiten der uckermärkischen Zivilgesellschaft“ sollten Interessierten einen uckermarkweiten Überblick zu Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements geben und zu den vorhandenen Kompetenzen informieren. Das Wissen umeinander und voneinander kann helfen, Kooperation zu fördern. Weiterhin sollten Projekte gefördert werden, die einen breiten Nutzen für die Region darstellen. Dazu gehören beispielsweise Forschungsprojekte, die durch Detailuntersuchungen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen generieren, die auch für andere Regionen in der Uckermark hilfreich sind.

Die Mikroprojektförderung hat insofern eine wichtige Bedeutung, da sie die Umsetzung von kreativen und innovativen Projekten fördert und so neue Perspektiven eröffnen kann, die dem Gemeinwohl als Ganzes zu Gute kommen. Dabei sollten nicht nur Projekte von großen Trägern wie dem DRK oder der Kirche gefördert werden, sondern auch kleinere Initiativen oder Einzelinitiativen explizit in die Förderung mit aufgenommen werden. Hierfür sollte ein Modus gefunden werden, damit eine künftige Koordinierungsstelle autonom und unbürokratisch schnell entscheiden kann und dies auch für das Gremium fachlich begründet und vertritt. Im Unterschied zum vergangenen LAP sollte die Höhe der jeweiligen Mikroprojektförderung nur noch in besonderen Ausnahmefällen bis zu 5000 Euro betragen. Mitunter helfen auch schon 500 Euro, um ein „Dorf wieder in Schwung“ zu bringen.

Themenauswahl

Thematisch sollte ein künftiger Lokaler Aktionsplan zu den Bereichen Demokratieentwicklung bzw. -stärkung, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, gelebte Vielfalt und Toleranz weiterarbeiten. Antisemitismus wurde von allen 32 Befragten keine größere Bedeutung für die Uckermark zugesprochen. Dennoch sollten Projekte zu diesem Thema, wie die Erforschung jüdischen Lebens in der Uckermark, in der Projektförderung verbleiben und angeregt werden. Dadurch kann beispielsweise eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohnort und seiner geschichtlichen Entwicklung durch Einflüsse von außen, wie sie u.a. eingewanderte österreichische Juden im 17. Jh. nach Brandenburg mitbrachten, angeregt werden. Ein LAP nach 2010 sollte den Blick auf die gesamte Uckermark richten. Das beinhaltet auch eine inhaltliche Öffnung für Themen wie Entwicklung sozialer Kompetenzen, Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, Auseinandersetzung mit Gewalt und Diskriminierung, un-

abhängig von der konkreten politischen Orientierung, um gelebte Demokratie zu fördern. Aus Autorsicht scheint es sinnvoll, dabei auch die Zusammenhänge zu beachten, die vordergründig scheinbar weniger Demokratie fördern, wie z.B. die Entwicklung persönlicher Perspektiven oder die weitere Förderung von Multiplikatoren, die durch ihr Wissen wieder andere befähigen können an der Entwicklung des Ortes teilzuhaben.

Neue Aspekte: Zuwanderung in die Uckermark

Die Zuwanderung ist wichtig für die Uckermark, um die Auswirkungen des demographischen Wandels zu kompensieren und neue Ideen in die Uckermark zu bringen und umzusetzen. Gleichzeitig kommt es teilweise zu problematischen Entwicklungen zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen, weil hier mitunter unterschiedliche (oftmals schwer vereinbare) Lebensentwürfe und Sichtweisen aufeinander treffen. Hier ergibt sich ein weiteres Handlungsfeld für einen LAP nach 2010.

Neue Aspekte: Besonderheiten im ländlichen Raum

Insgesamt sollte der ländliche Raum stärker in den Mittelpunkt des LAPs gestellt werden. Durch die geringe Bevölkerungsdichte und die wenigen vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen finden diese Gemeinden selten Zugänge zu den verschiedensten Förderprogrammen oder neu aufgelegten Modellprojekten. Der Vernetzungsgrad zwischen Zivilgesellschaft und Kommune ist eher gering, so dass die wenigen Ressourcen, wie vorhandene Ideen, Finanzen und engagierte Akteure selten optimal eingesetzt werden bzw. arbeiten können. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang betont wurde, ist die Zusammenarbeit der Stadt mit den umliegenden Dörfern. Bisher konzentrierten sich die Städte eher auf die Kernstadt als ein Zentrum für die umliegenden Dörfer. Zukünftig sollten jedoch auch die Potenziale in den Dörfern gefördert und genutzt werden sowie dörflichen Belangen mehr Raum in der Stadtpolitik gegeben werden.

Zielgruppen im LAP

Die Zielgruppe des LAPs sollte nicht allein auf die Jugendlichen beschränkt bleiben. Mit Blick auf Themen wie die Aktivierung der Zivilgesellschaft für ein stärkeres Interesse am und Engagement im Gemeinwesen, der Förderung der Wahrnehmung von sozialem Engagement der Wirtschaftsakteure oder der Förderung von Zusammenarbeit mit kommunalpolitischen Akteure, sollten auch Akteure des mittleren Alters und Senioren als Zielgruppe gewählt werden. Wobei die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene grundsätzlich erhalten bleiben sollte. Zum *ersten* werden die Möglichkeiten des Zugangs zu dieser Zielgruppe durch Institutionen, Behörden und Zivilgesellschaft höher bewertet, als bei älteren Generationen und zum *zweiten* wird über diese Zielgruppe auch der Zugang zur Eltern- und/oder Großelterngeneration eröffnet. Mit Blick auf die Themen „Demokratieabge-

wandtheit“ oder Rechtsextremismus, die nicht ausschließlich als Jugendproblem gesehen werden können, wäre die alleinige Konzentration der LAP-Aktivitäten auf Kinder und Jugendliche für eine nachhaltige Entwicklung kaum zielführend.

Beteiligte Akteursgruppen am LAP

Neben der inhaltlichen Öffnung, sollten auch bestimmte Akteursgruppen wie Wirtschaft, Familie/Eltern, Schule und Kindergärten stärker im Fokus des LAPs nach 2010 sein.

Der Schule als eine wichtige Säule im Gemeinwesen kommt hinsichtlich der für einen künftigen LAP beschriebenen Inhalte besondere Bedeutung zu. Diese sind nämlich Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule. Sie sollte ermuntert, angeregt und wo nötig auch in die Pflicht genommen werden, sich verstärkt ins Gemeinwesen hinein zu öffnen bzw. ihre Türen auch für Akteure aus der Zivilgesellschaft und demokratischer Institutionen wie beispielsweise Gewerkschaften für eine partnerschaftliche Kooperation zu öffnen. Sie könnten als wichtige Partner für einen ganzheitlichen und nachhaltigen Bildungs- und Erziehungsprozess fungieren. Eventuell müssten hier auch erst zivilgesellschaftliche Akteure und demokratische Institutionen dafür gewonnen werden, in diesem Bereich stärker aktiv zu werden. Das Konzept der Ganztagschule bietet in diesem Prozess viele Ansatzpunkte. In der RAA kann in diesem Prozess ein wichtiger Partner gefunden werden.

Von den Befragten wurden die Wirtschaftsakteure mehrheitlich als eine deutungsmächtige Akteursgruppe in den einzelnen Gemeinden gesehen. Es geht u.a. darum insgesamt ein Bewusstsein für diese Themen zu schaffen und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung, insbesondere von Wirtschaftsakteuren im Gemeinwesen zu fördern. Anknüpfungspunkte zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Ziel, eine lebendige demokratische Uckermark zu fördern, ergeben sich beispielsweise hinsichtlich der vorhandenen sozialen Kompetenzdefizite, Wissenslücken über die eigene nähere Umgebung und dem allgemeinen Bildungsniveau von uckermärkischen Auszubildenden. Weiterhin sollten die LAP-Themen stärker an Bereiche wie die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt werden. So könnten beispielsweise das Thema „gelebte Demokratie“ hinsichtlich des Images der Uckermark auch bei den Überlegungen im Wirtschaftsausschuss des Kreistages aufgenommen werden. Der Bereich Erziehung sollte insofern stärker fokussiert werden, da er gute Einflussmöglichkeiten für die Förderung von gelebter Demokratie bietet. So können beispielsweise schon in den Kindergärten die sozialen Kompetenzen und demokratische Werte wie Gewaltfreiheit oder die Akzeptanz von Anderem gefördert werden. Des Weiteren könnte durch die intensive Zusammenarbeit von Eltern, staatlichen Institutionen und kompetenten Beratern, die zunächst gefunden werden sollten, auf eine absehbare negative Entwicklung von Kindern und Jugendlichen schon frühzeitig Einfluss genommen und gemeinsam neue Perspektiven entwickelt werden. Der Bereich Erziehung wird als eine gesamt-

gesellschaftliche Aufgabe im Gemeinwesen betrachtet. Ein afrikanisches Sprichwort sagt: Für die Erziehung eines Kindes, ist ein ganzes Dorf erforderlich.

Die Rolle der Politik für den LAP

Von der Politik wird mehrheitlich erwartet, dass sie sich zu der Förderung von gelebter Demokratie bekennt und diese selbst vorlebt. Dabei wurde kritisch bemerkt, dass einzelne politische Akteure gegenüber Netzwerk- und präventiver Arbeit in den oben genannten Themenbereichen blocken und es damit begründen, dass es keinen Bedarf gäbe, obwohl andere Akteursgruppen Handlungsbedarf sehen. Angeregt wird hier beispielsweise die aufsuchende Kommunalpolitik. Das bedeutet, dass Kommunalpolitiker, z.B. zivilgesellschaftliche Veranstaltungen aufsuchen und mit den Menschen dort aktiv ins Gespräch kommen.

Zentrale Ansprechbarkeit und dezentrale Arbeit

Die Uckermark sollte, der Meinung der Befragten nach, das Bewusstsein der Uckermärker für die Weite der Region fördern und das gesamte zivilgesellschaftliche Angebot der Uckermark sichtbar machen. So könnte beispielsweise eine Koordinierungsstelle das zivilgesellschaftliche Engagement zentral erfassen und für Interessierte Auskunft geben, in welchem Gebiet, welcher Verein das gewünschte Freizeitinteresse anbietet. Die konkrete Arbeit zu den LAP-Themen sollte aber eher dezentral stattfinden, um auf die Besonderheiten der einzelnen Regionen eingehen zu können. Das bedeutet, dass beispielsweise nicht allein Projekte gefördert werden sollten, die auf eine Vernetzung von Templiner und Schwedter Vereinen abzielen.

Titel oder Motto eines neuen LAPs

Der Titel des derzeitigen LAPs „Lokaler Aktionsplan Uckermark – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und für gelebte Vielfalt und Toleranz“ wurde von der Mehrheit der Befragten als eine bloße Folge von Schlagwörtern empfunden, die wenig Leben enthält. Unabhängig von der Notwendigkeit sich in diesen Themen weiterhin zu engagieren, sollte daher nach einem Namen oder Motto gesucht werden, das der uckermärkischen Bevölkerung näher ist und trotzdem das Ziel von „gelebter Demokratie in der Uckermark“ verfolgt.

Allgemeine Anforderung an die Koordinierung zur Umsetzung eines neuen LAP

Die Anforderungen für die umsetzende/n Person/en sind abhängig von den genauen Aufgaben. Wenn sie aber mit Akteuren aus verschiedenen und oftmals sehr unterschiedlichen Bereichen arbeitet/en, muss/ müssen sie allgemein die Fähigkeit mitbringen, sich auf die unterschiedlichsten Menschen hinsichtlich Status, Schichtzugehörigkeit und Bildungshintergrund einzulassen und sie muss/

müssen hartnäckig sein, zwar immer höflich aber hartnäckig. Die Koordinierung der Akteure sollte vielen verschiedenen Bereichen gegenüber offen stehen bzw. Neutralität gegenüber den verschiedenen Akteursgruppen besitzen und glaubhaft ausstrahlen.

3 Strategiebausteine

Eine Strategie ist gekennzeichnet durch *erstens* einem oder mehreren Leitzielen, welche die grundsätzliche Ausrichtung des Programms angeben sollen, *zweitens mehreren* Mittlerzielen, welche das Leitziel konkretisieren und eine Verknüpfung zwischen diesem und den konkreten Handlungsschritten darstellen, *drittens* mehreren Handlungszielen, die konkrete Aktionen und Projekte beschreiben, *viertens* der Benennung von handelnden Akteuren und *fünftens* dem zur Verfügung stehende Ressourceneinsatz. Diese einzelnen Elemente werden hier als Strategiebausteine bezeichnet.

Die vorliegende Untersuchung konnte verschiedene, aber auch parallele Sichtweisen zu LAP-Themen, notwendigen Ressourcen und Handlungsfeldern von unterschiedlichen Akteursgruppen aufgezeigt und um eigene Hinweise, die durch teilnehmende Beobachtungen im BA sowie durch Gespräche entstanden, ergänzt werden. Dennoch bestehen zurzeit mehrere ungeklärte Variablen, weshalb u.a. dieses Strategiepapier lediglich Vorschläge und Empfehlungen zur Strategieentwicklung geben kann. So ist beispielsweise noch nicht bekannt, in welcher Höhe Finanzmittel oder personelle und sachliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Es kann lediglich davon ausgegangen werden, dass die Koordinierungsstellen vom Bundesprogramm weitere drei Jahre gefördert werden. In der Gesamtbetrachtung ergeben sich sehr viele Möglichkeiten der Strategiegestaltung, abhängig von den bisher ungeklärten Variablen, deren einzelne Darstellungen den Rahmen der Arbeit sprengen würden. Doch selbst wenn alle Einflussvariablen in Ansätzen bekannt sind, obliegt es letztendlich der politischen Wertung der angebotenen Ziele und Handlungswege durch die „Entscheider“ vor Ort, ob eine Strategie sinnvoll umgesetzt werden kann. Ein „Richtig“ oder „Falsch“ kann es in diesem Zusammenhang kaum geben.

Ausgehend von den Interviewaussagen und eigenen Beobachtungen wird hier empfohlen, ein neues Leitziel mit mehreren neuen Mittlerzielen zu entwickeln. Für die Themenwahl und die konkrete Arbeit zu den möglichen Unterthemen werden mehrere Vorschläge gemacht. Zur Umsetzung der Gesamtstrategie werden zwei verschiedene Möglichkeiten skizziert. Im Ergebnis werden verschiedene Strategiebausteine vorgestellt, die insgesamt oder einzeln verfolgt werden können. Der Abschnitt ist in sich abgeschlossen, jedoch kommt es bei der Formulierung und Begründung von Strategiebausteinen mitunter zu Dopplungen mit dem vorherigen Abschnitt. Um den ausführlichen wie den schnellen Leser ein angenehmes Lesen zu ermöglichen, wurden manche erklärende Aspekte zwar benannt aber nur kurz ausgeführt.

3.1 Themen und Akteure

Das künftige Leitziel sollte genügend Spielraum lassen, um verschiedenste, auch innovative Projekte auszuprobieren und als Oberbegriff die Unterthemen zusammenfassen. Zudem sollte es die Menschen ansprechen und ihr Interesse wecken. Daher scheint es sinnvoll, ein Leitziel in Zusammenarbeit mit lokalen Experten, als auch mit externen Personen, die entsprechende Fähigkeiten haben, zu entwickeln. Die beteiligten lokalen Experten könnten z.B. Kreistagsabgeordnete, engagierte zivilgesellschaftliche Akteure oder Mitarbeiter von Wirtschaftsverbänden sein. Als externe Experten könnten Mitarbeiter von entsprechenden Instituten angefragt werden. Dabei wäre es sinnvoll, dass gewisse Vorkenntnisse zur Region vorhanden sind. Praktisch könnte die Findung des Leitziels beispielsweise so aussehen, dass die lokalen Experten zusammen mit den externen Experten debattieren. Die Entscheidungshoheit liegt bei den lokalen Akteuren, externe Anregungen fließen in das Ergebnis ein.

Die vielen verschiedenen Einzelthemen wie z.B. Rechtsextremismus, Teilhabe am öffentlichen Leben, Förderung von sozialen Kompetenzen, Entwicklung von Perspektiven und der Entwicklung von Interesse am Gemeinwesen sollten wiederum zusammengefasst werden. Die hier beispielhaft gewählten Mittlerziele der Strategie, (1)Zuwanderung, (2)Heimatgestaltung, (3)soziale Kompetenzen, (4)Demokratie stärken-Rechtsextremismus abwehren und (5)Austausch und Kommunikation, stellen lediglich einen Vorschlag dar. Hier sind viele verschiedene Optionen des Zusammenfassens möglich.

1. Das Leitziel sollte im Dialog mit externen und lokalen Akteuren der Region entwickelt werden.

2. Mittlerziele – Vorschlag

- a. Zuwanderung
- b. Heimatgestaltung
- c. Soziale Kompetenzen
- d. Demokratie stärken – Rechtsextremismus abwehren
- e. Austausch und Kommunikation

3.1.1 Zuwanderung

Die Zuwanderung von Menschen in die Uckermark wird für die struktur- und bevölkerungsschwache Region allgemein als positiv bewertet. Dadurch kommen neue Ideen, Engagement sowie neue Perspektiven in die Region und die Folgen des demographischen Wandels können gemildert werden. Gleichzeitig kommt es mitunter zu Differenzen zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen, mit der Kommune oder der Kreisverwaltung z.B. wegen des Baurechts. Während also einerseits großes Potenzial in der Zuwanderung liegt, kommt es andererseits zu Konflikten in den verschiedensten Bereichen, die die volle Entwicklung des Potenzials für die Region verhindern. Am deutlichsten werden die Konflikte für Außenstehende sichtbar, wenn beispielsweise Feste von den Zugezogenen veranstaltet werden und kaum ein Altdörfler dieses Angebot wahrnimmt. Die Gründe sind mitunter personenspe-

zifisch, häufig beruhen sie aber auch auf allgemeiner Ignoranz der Zugezogenen gegenüber den örtlichen Gegebenheiten oder auf einer „Sturheit“ der Altdörfler.

Ein anderes Feld in diesem Thema ist die „Zuwanderung von Investoren“. Hier gibt es immer wieder große Konflikte zwischen Teilen der Zivilgesellschaft und Wirtschaftsakteuren über die Wirtschaftsausrichtung und Standorte. Dass eine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden muss, scheint wenig bestritten zu werden. Jedoch gibt es bis heute keine Wege diese blockierenden Konflikte in konstruktive Bahnen zu lenken. Es gibt zwar immer wieder Diskussionsabende, an denen Argumente für und gegen getauscht, aber keine alternativen Wege entwickelt werden. Teilhabe sollte nicht beim Verhindern enden, sondern muss auch für eine vorwärtsweisende Entwicklung und positive Gestaltung Verantwortung übernehmen.

Das Unterthema Zuwanderung kann auf verschiedenen Wegen verfolgt werden, die in einer Art „Integrationskonzept“ zusammengefasst werden könnten.

Es wäre beispielsweise möglich ein Forschungsprojekt durchzuführen, um die Problemlagen sowie bekannte Lösungsmechanismen zu erfassen und weitere zu entwickeln. Diese könnten dann Zugezogenen bei der Anmeldung mitgegeben werden und entsprechende Ansprechstellen wie das MBT Angermünde, die RAA oder der URV genannt werden. Die Zuwanderung könnte dadurch attraktiver gestaltet werden, dass Zugezogene eine Beratung angeboten bekommen, in der Fragen zu Strukturen, Ämtern, zivilgesellschaftlichen Engagement, Zugängen in die Region usw. beantwortet werden. Als Service der Verwaltung wäre es zudem förderlich, wenn z.B. Bauamtsanträge nicht nur abgelehnt werden, sondern gleichzeitig Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie das Ziel dennoch erreicht werden kann. Es geht nicht um ein Unterlaufen der gesetzlichen Vorgaben, sondern um die gemeinsame Anstrengung das Leben in der Uckermark qualitativ zu verbessern. Eine offene Haltung der Kommunen für die Umsetzung von neuen Ideen und Projekten, die beispielsweise durch Zugezogene mitgebracht werden, könnte sich ebenfalls positiv auf die Zuwanderung auswirken. Daher sollten auch kommunale Akteure eine Beratung angeboten werden, wie ein gutes Miteinander zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen gefördert werden kann.

Bezüglich der „Zuwanderung von Investoren“ könnte die Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft über die wirtschaftliche Entwicklung der Uckermark, die als Grundlage für die Entwicklung von persönlichen Perspektiven gesehen wird, gefördert werden. Dazu würden sich beispielsweise Arbeitsgruppen und Gesprächskreise anbieten. Dieser Aspekt bekommt insofern besondere Bedeutung, da zivilgesellschaftliches Engagement in Wirtschaftsfragen, häufig von Zugezogenen aufgenommen wird. Im Unterschied zu der Mehrheit der alteingesessenen Uckermärker werden hier häufig neue Ideen von Wirtschaftsmöglichkeiten verfolgt. Diese Ideen würden aber nach Meinung von einigen

Befragten eine wirtschaftliche Entwicklung mehr hemmen als fördern. Konflikte mit der Bevölkerung „schreckten“ Investoren grundsätzlich ab. Mit Blick auf das Ziel der „gelebten Demokratie“ ergeben sich in diesem Feld viele Handlungsmöglichkeiten. Angebote verschiedener Gesprächsmöglichkeiten, die Moderation der Kommunikation zwischen Zugewanderten oder Zuwanderungswilligen und altingesessenen Uckermärkern können helfen, sich gegenseitig kennen- und verstehen zu lernen. Das ist wichtig, um gegensätzlichen Auffassungen in produktive Bahnen zu lenken und so eine innovative Wirtschaftsentwicklung anzuregen, die traditionelle und ständische Wirtschaftsweisen mit neuen Wirtschaftsmöglichkeiten verbindet.

1. Forschungsprojekt – Ermitteln von Problemlagen und Lösungsmechanismen für die gegenseitige Akzeptanz von Altdörflern und Zugezogenen. (Strukturprojekt)
2. Ansprechpartner für Zugezogene für Integrationsfragen, Behörden, Möglichkeiten zu zivilgesellschaftlichen Engagement, Freizeitgestaltungen, öffentliche Infrastruktur usw. (Strukturprojekt)
3. Förderung einer offenen Haltung von kommunalen Vertretern gegenüber der Umsetzung von neuen, innovativen Ideen, die auch mal von den traditionellen weggehen. (Strukturprojekt)
4. Service der Verwaltung – Aufzeigen von anderen Wegen zum Ziel (Strukturprojekt)
5. Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Uckermark fördern. (punktuell/strukturell)

3.1.2 Heimatgestaltung

Das Unterthema „Heimatgestaltung“ umfasst viele Aspekte von gelebter Demokratie wie die Auseinandersetzung mit und Teilhabe am Dorf- oder Stadtleben, der Entwicklung der Region und der Frage: Wie wollen wir hier leben und wie bekommen wir das hin?

Der Uckermärker wird allgemein als sehr bodenständig, eng verbunden mit seiner Scholle, familiär und etwas verschlossen, aber doch als recht menschenfreundlich empfunden. Allerdings interessieren sich nur noch wenige für das, was um die eigene Scholle herum passiert. Dadurch fehlt es häufig an „Lebendigkeit“ in den Städten und Dörfern. Problematische Entwicklungen des Gemeinwesens, die am anderen Ende der Stadt oder des Dorfes sichtbar werden, bleiben dann häufig unbemerkt.

Die Heimatgestaltung hat im ländlichen Raum noch größere Bedeutung als in städtischen Räumen. Hier werden weniger kommerzielle Angebote der Freizeitgestaltung vorgehalten, die Gemeinden sind arm und die Lebensqualität im Heimatort kann häufig nur durch eigenes Engagement oder in Kooperation mit Partnern verbessert werden. Dazu scheint eine enge Zusammenarbeit von allen Akteursgruppen (Gemeindevertretung, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft) sinnvoll.

Hier ergeben sich auch Anknüpfungspunkte für die Einbeziehung von Wirtschaftsakteuren und des Erziehungsbereichs. Ein Teil der Jugendlichen besitzt beispielsweise große Wissenslücken über die nähere Umgebung ihres Heimatorts, regionale Besonderheiten oder Sehenswürdigkeiten. Das wird u.a. bei Bewerbungsgesprächen im Tourismusbereich deutlich. Die Kenntnis über die eigene Region ist aber auch für die ganz persönliche Entwicklung von Jugendlichen bedeutend. In einem struktur-

schwachen Raum werden nur wenige Angebote vorgehalten, die er vielleicht gern wahrnehmen möchte, zu denen er aber aus Unkenntnis keinen Zugang hat.

Zur Bearbeitung des Themas „Heimatgestaltung“ können verschiedene Optionen parallel oder einzeln gewählt werden.

Das allgemeine Engagement und die Kommunikation in den Dörfern könnte dadurch gefördert werden, dass die Menschen gezielt um Mithilfe für kleinere Vorhaben gebeten werden z.B. Backen eines Kuchens für das Kinderfest oder der einmaligen Unterstützung bei einer Wahl. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, dass den Angesprochenen deutlich gemacht wird, dass es nicht um generelle Verpflichtungen geht; diese wird nämlich von vielen Bürgern eher abgelehnt. Ein weiterer Effekt, der durch die Anfrage erzielt werden kann, ist, dass sich einzelne Bürger wieder stärker für die Aktivitäten interessieren, da sie durch den eigenen Beitrag auch einen Zugang gefunden haben. In einzelnen Dörfern wurden mit dieser Taktik bereits gute Erfahrungen gemacht. Das ist sicherlich eine sehr einfache Handlungsempfehlung. In den bisherigen Untersuchungen wurde aber immer wieder deutlich, dass das nicht die gängige Praxis ist. Es wäre daher sinnvoll eine kontinuierliche Verständigung zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Dörfern zu fördern, z.B. in Form von Netzwerkarbeit, so dass diese und andere Praktiken, die dem Ziel der gelebten Demokratie dienen, möglichst breit genutzt werden können.

In ländlichen Gemeinden wird das öffentliche Leben in den Dörfern häufig durch Dorf- oder Heimatvereine gestaltet. Sie organisieren primär traditionelle Veranstaltungen wie das Osterfeuer, Eiertrudeln, Kindertag, 1. Mai-Feiern, Ernte- oder Dorffeste, Skatabende und die Verbrennung der Weihnachtsbäume. Da die finanziellen Ressourcen häufig sehr gering sind, werden diese Veranstaltungen mit Blick auf Kosten-Nutzen-Relationen als tragfähig und sinnvoll erachtet. Sie bringen die Menschen zusammen, stärken den sozialen Zusammenhalt und sind für die Bewohner häufig ein Indikator für die Lebensqualität im Dorf. Viele dieser Vereine haben aber Schwierigkeiten ihre Gemeinnützigkeit zu beweisen, weil sie zu viel „feiern“⁶ würden und zu wenig Kultur vermitteln würden. Es zeigen sich hier Diskrepanzen zwischen städtischer Verwaltungssicht und den Erfordernissen im ländlichen Raum. Sicherlich hätte kaum ein Dorf etwas gegen kulturell anspruchsvolle Veranstaltungen. Sie sind aber sehr teuer und, kritisch betrachtet, werden zurzeit nur wenige dadurch angesprochen⁷. Daher scheint es sicherlich ein sinnvolles Ziel zu sein, das kulturelle Niveau im ländlichen Raum zu fördern. Orientiert man sich aber an den Voraussetzungen in den uckermärkischen Dörfern und den vorhan-

⁶ Die befragten Vereine versuchen primär durch traditionelle Veranstaltungen ein aktives Dorfleben zu gestalten. Zu den gepflegten Traditionen gehören u.a. Osterfeuer, Weihnachtsbaumverbrennung, 1. Mai-Feier, Dorffest oder ein Skatturnier.

⁷ Das ist mitunter auch dorfspezifisch. Es gibt Dörfer in denen man Veranstaltungen besuchen kann mit teilweise sehr hohem kulturellem Anspruch. Daneben findet man auch Dörfer, in denen selbst ein Dorffest nicht mehr stattfindet.

denen Ressourcen, können hier nicht die gleichen Richtlinien angesetzt werden, wie beispielsweise in Dörfern, die einer großen Stadt wie Potsdam angehören. Grundsätzlich gilt, dass stets die Bedarfe vor Ort herausgefunden und zum Ausgangspunkt gemacht werden müssen. Das einfache Umschreiben und Umformulieren von Aktivitäten der Dorfvereine, ermöglicht zwar häufig, dass die Gemeinnützigkeit wieder zugesprochen wird, belastet aber das Ehrenamt in unnötiger Weise. Hier könnte im neuen LAP versucht werden, eine stärkere Lobby für Vereine, die im ländlichen Raum mit sehr geringer Bevölkerungsdichte und geringer Wirtschaftskraft agieren, zu schaffen.

Die Meinung zu Netzwerkarbeit ist bei vielen Akteuren eher negativ, weil sie die Erfahrung machten, dass sie wenig Erfolge hatten. Dennoch gibt es erfolgreiche Netzwerkarbeit. Sie ist zumeist durch einen Netzwerkmanager, ein klares Thema, klare Aufgaben der Akteure, entsprechendes Engagement und Zeitmanagement der beteiligten Akteure gekennzeichnet. Je weniger Zeit und Möglichkeit zum Engagement vorhanden ist, umso klarer sollte das Thema und umso kleiner die Aufgaben sein. Die hier vorgeschlagene Vernetzung von aktiven zivilgesellschaftlichen Akteuren hat zusammenfassend die Aufgabe, interessierte Dorfvereine mit dem Ziel zusammenzubringen, dass sie ihre Probleme formulieren, beispielsweise die Aktivierung der Dorfbewohner zum Mitmachen, und die anderen ihre Erfahrungen und Vorschläge dazu geben. Hierbei ist es sicherlich sinnvoll, Vereine zusammenzubringen, die in Dörfern mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur agieren.

In den Städten ist das gleiche Vorgehen aufgrund der Größe und der insgesamt geringeren sozialen Bindung der Bewohner untereinander nicht zu empfehlen. Hier eignen sich eher Vereinstage⁸, an denen sich die Vereine an zentralen Punkten der Stadt präsentieren können und so potenzielle Neumitglieder ansprechen können.

Das Wissen von Kindern und Jugendlichen über die eigene Region könnte in Zusammenarbeit von Kindergärten, Heimatmuseen, Schule und Wirtschaft uckermarkweit gefördert werden. Hier könnten in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulvertretern Konzepte entwickelt werden, wie dieses Thema stärker in den Kindergartenalltag und den regulären Unterricht integriert werden kann. Bevor dieses Konzept entwickelt wird, sollten Partner gefunden werden, welche das Konzept in der eigenen Institution auch umsetzen wollen, um eine Ressourcenvergeudung zu vermeiden. Die Wirtschaft kann bereits bei der Konzeptentwicklung beteiligt sein. Ihr könnte aber primär die Aufgabe zukommen durch eigene Ressourcen das Erleben der Umgebung für Kinder und Jugendliche zu unterstützen z.B. durch persönliche Präsenz oder durch die Unterstützung bei Fahrtkosten.

⁸ In der Sozialraumanalyse Templin (Mai 2009 – Januar 2010) wurde u.a. festgestellt, dass viele Informationen zur Vereinsarbeit nur sehr wenigen bekannt waren. Daher wurde die Etablierung von Vereinstagen in der Stadt vorgeschlagen.

Was die Heimat für das Individuum bedeutet, wird mitunter erst deutlich, wenn man anderes kennenlernt und Vergleiche ziehen kann. Daher könnten beispielsweise auch Schüleraustausche mit Polen oder anderen Ländern, auch den alten Bundesländer, eine Auseinandersetzung mit dem, was für sie Heimat ist anregen und neue Impulse für die Gemeinwesensgestaltung bringen. Weiterhin gibt es zu diesen Themen bereits Projektideen, die mit Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden könnten.

Die Wirtschaftsakteure werden als deutungsmächtige Akteursgruppe in den Gemeinwesen betrachtet. Durch ihr Engagement kann eine positive Vorbildwirkung für andere entstehen. Daher sollten Wirtschaftsakteure, die bisher keinen Bedarf sahen, für mehr Engagement im Gemeinwesen gewonnen werden. Das könnte durch direkte Gespräche, aber auch durch kontinuierliche Präsenz bei größeren Wirtschaftsveranstaltungen umgesetzt werden.

1. Stärkere Lobby schaffen für Dorfvereine im ländlichen Raum mit besonders geringer Bevölkerungsdichte und schwacher Wirtschaftskraft. Trotz traditioneller Veranstaltungen wird die Gemeinnützigkeit schnell abgesprochen
2. Aktivierung der Dorfbevölkerung durch persönliche Anfrage für nicht zeitaufwendige und arbeitsintensive Tätigkeiten, die dem Gemeinwesen zu Gute kommen. (punktuell/ strukturell)
3. Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im ländlichen Raum, um einen Austausch über Möglichkeiten und Praxiserfahrungen in der Aktivierung der örtlichen Bevölkerung zu ermöglichen. (Weitere Effekte: Kooperationen und neue Projekte könnten entstehen) (strukturell)
4. Etablierung und Förderung von Vereinstagen in den Städten, zu denen sich auch die eingemeindeten Dörfer präsentieren. (strukturell)
5. Partnersuche/ Kooperationen und Konzeptentwicklung für Möglichkeiten die Kenntnisse über die eigene Region zu erhöhen. Zusammenarbeit von Kindergärten, Schulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. (strukturell)
6. Förderung des Schüleraustauschs, zur Förderung der Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit dem, was Heimat für sie bedeutet. (punktuell)
7. Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft, die sich mit dem Thema „Heimat“ auseinandersetzen. (punktuell)
8. Förderung von Engagement der Wirtschaftsakteure durch Gespräche, permanente Ansprechbarkeit und Präsenz. (strukturell)

3.1.3 Soziale Kompetenzen

Als „soziale Kompetenzen“ werden die Fertigkeiten bezeichnet, die für die soziale Interaktion nützlich oder notwendig sind. Allgemein zählen zu sozialen Kompetenzen beispielsweise Selbstvertrauen, Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Kompromissfähigkeit.

Soziale Kompetenzen haben für das Gemeinwesen insofern Bedeutung, als dass Gemeinwesenarbeit zumeist viele soziale Interaktionen miteinschließt. Ein hohes soziales Kapital der Akteure würde sich auf die Zusammenarbeit der Akteure förderlich auswirken.

Durch die Interviews und durch eigene Beobachtungen wird deutlich, dass auffällig viele Jugendliche nur noch über geringe soziale Kompetenzen verfügen. Diese spielen für Jugendlichen insbesondere dann eine Rolle, wenn sie sich beispielsweise für einen Ausbildungsplatz bewerben und später mit verschiedensten Menschen zusammenarbeiten müssten. Gerade hier werden von Wirtschaftsakteu-

ren Defizite gesehen. Als Begründung wird vermutet, dass bereits viele Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern Entsprechendes zu vermitteln. Somit sollte der Fokus nicht allein auf Jugendliche gerichtet werden. Eine entsprechende Qualifizierung von Arbeitslosen, ein betriebliches Beratungsangebot für Eltern und deren ausbildungswillige Kinder – beispielsweise über ein regionales Netzwerk – bieten sich ebenfalls an.

Zu diesem Feld können sehr viele Akteure in verschiedenster Weise arbeiten.

Soziale Kompetenzen werden beispielsweise im Umgang mit anderen Menschen in der Familie oder in einer Freizeitgruppe erlernt. Staatlich geförderte Projekte, die in die Familien eingreifen sind sehr kritisch zu beurteilen, weil hier (teilweise) besonders geschützte Grundrechte berührt werden. Soziale Kompetenzen können aber auch in zivilgesellschaftlich organisierten Freizeitgruppen vermittelt werden. Diese Art von Gruppen finden wir u.a. bei Sportvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr oder Dorfvereinen. Der Aspekt „Vermitteln von sozialen Kompetenzen“ wird von den handelnden Akteuren aber häufig noch wesentlich geringer bewertet, als Fragen der fachlichen Eignung und Fähigkeiten für die jeweilige Aktivität. Ein Projekt könnte daher zum Ziel haben, das Bewusstsein für den sozialen Aspekt von Sportvereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) zu stärken und handelnden Akteuren konkrete Hilfestellungen zu geben. Hierbei kann sicherlich auf die Erfahrungen der Gemeinde Uckerland zurück gegriffen werden, die gerade beginnt, in einem Modellprojekt, die Jugendfeuerwehr auszubauen. Das Ziel ist, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen sowie Aspekte der Demokratie, soziale Kompetenzen und das Engagement im Gemeinwesen zu fördern. Diese Handlungsmöglichkeit könnte im LAP weiterverfolgt werden.

Nach den Aussagen der JugendarbeiterInnen, die im Projekt „Sozialraumanalyse Templin 2009“ interviewt wurden, vermitteln sie Werte und soziale Kompetenzen am erfolgreichsten durch eigenes Erleben, aber auch Vorleben, an Jugendliche. Dem folgend könnten beispielsweise Wirtschaftsakteure in Kindergärten und Schulen gehen und zu diesem Thema mit den Kindern und Jugendlichen ins Gespräch kommen und gemeinsame Projekte durchführen. Es geht dabei darum, Vorbilder aus der Gesellschaft anzubieten sowie die Möglichkeit zu schaffen, dass Jugendliche am praktischen Beispiel lernen können. Diese Aufgabe sollte nicht allein dem Erziehungs- und Bildungsbereich überlassen werden. Für die Ökonomie hätte es den Nutzen, die Anforderungen an die potenziellen Lehrlinge frühzeitig weiterzugeben und so möglicherweise besser vorbereitete Bewerbungen für Ausbildungsstellen zu bekommen.

Ein weiteres Projekt in diesem Bereich könnte sein, dass Firmen gewonnen werden, mehr Ferienjobs für Jugendliche anzubieten. Die Jugendlichen hätten die Möglichkeit etwas selbstständiger zu werden und Arbeitsprozesse vor der eigenen Ausbildung kennenzulernen. Zudem könnten sich Berufswün-

sche an der Realität überprüfen lassen. Die Wirtschaft könnte so ihre eigenen Anforderungen frühzeitig an die Jugendlichen herantragen und bei der Ausbildung der notwendigen Kompetenzen mitwirken. Die Entgelte für die Ferienjobs könnten gemeinsam durch die Wirtschaft und den Kreis getragen werden.

Daneben würden sich Patenschaften zwischen Betrieben und Schulklassen in besonderem Maße anbieten, wenn es um die Entwicklung sozialer Kompetenzen bei Heranwachsenden geht. Die Wirtschaftsakteure könnten beispielsweise als Vorbilder für die Heranwachsenden fungieren, die in ihrem privaten und schulischen Umfeld teilweise nur sehr wenige verschiedene Angebote für Vorbilder finden.

Die sozialen Kompetenzen von Erwachsenen zu fördern ist schwieriger als bei Jugendlichen, weil sie sich weniger oft in öffentlichen Institutionen bewegen. Die Zugänge zu Eltern könnten aber beispielsweise über das Kind gefunden werden und so über gemeinsame Gespräche und Beratung eingewirkt werden. Angebote vertraulicher Elternberatung, wie sie beispielsweise das MBT anbieten, und der Aufbau einer „Elternakademie“, welche „Elternselbsthilfe“ verstärkt fördert, könnten hilfreich sein.

1. Projekt – Förderung von sozialen Kompetenzen durch FFW, Sportvereine und sonstige Gruppen.
2. Projekt – Wirtschaft geht in Kindergärten und Schulen und berichtet von seiner Arbeit und den Anforderungen. Es werden Vorbildern aus der Gesellschaft angeboten, Patenschaften zwischen Betrieben und Schulen gefördert.
3. Projekt – Gemeinsame Projekte, Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Dadurch sollen Vorbildern angeboten und soziale Kompetenzen durch gemeinsame Aktivitäten vorgelebt werden.
4. Projekt – Mehr Ferienjobs für uckermärkische Jugendlichen zum Kennenlernen von Arbeitsprozessen, Berufen und dem Erlernen der dazu notwendigen Kompetenzen.
5. Patenschaften zwischen Schulen und Betrieben.
6. Einbeziehung von Eltern in die Förderung von sozialen Kompetenzen, Elternberatung, Entwicklung einer Elternakademie, Förderung von Elternselbsthilfe

3.1.4 Demokratie stärken – Rechtsextremismus abwehren

Der Mehrheit der Befragten nach, sollte allgemein die „gelebte Demokratie“ gefördert werden. Dazu gehören Themen, wie sie im alten LAP verfolgt wurden (Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, gelebte Vielfalt und Toleranz) aber auch eine Auseinandersetzung mit Fragen wie „Was bedeutet Demokratie für uns?“ oder „Wie können wir eine demokratische Kultur stärken?“.

Diese Ziele könnten durch verschiedenste Handlungsmöglichkeiten erreicht werden.

Das Projekt „Gegenrede“, welches über rechtsextreme Aktivitäten in der Uckermark informiert, sollte weiterentwickelt werden. Dabei sollte mit Akteuren und Experten aus der Region zusammengearbeitet werden. In Kooperationen mit Schulen, könnten beispielsweise Jugendliche gesucht werden, die an der Arbeit mit „Gegenrede“ interessiert sind und an der Weiterentwicklung mitwirken wollen. Mit den interessierten Schülern könnten der Ablauf, die Ziele und Aufgaben gemeinsam besprochen und

ggf. modifiziert werden. So kann beispielsweise „aktive Teilhabe“ praktiziert und erlebbar gemacht werden. Eventuell könnte hier auch mit dem Jugendamt und den Trägern von Jugendarbeit zusammengearbeitet werden. Das erfordert zunächst einen intensiven Zeiteinsatz. Später könnte mit einem recht geringen Mitteleinsatz durch das Internet uckermarkweit miteinander gearbeitet und kommuniziert werden. Die Website „Gegenrede“ könnte zudem durch Angaben von Beratungsstellen, neuesten Entwicklungen der Szene und umfassenden Literaturangaben zum Thema, für die unterschiedlichen Lesertypen, ergänzt werden.

„Gelebte Demokratie“ in den Gemeinwesen könnte beispielsweise durch die Schaffung von mehr Teilhabemöglichkeiten, welche die Bürger stärker in die Gemeinwesensentwicklung einbeziehen, gefördert werden. Dazu könnte man sich an Konzepten wie der „Bürgerkommune“ von J. Bogumil und L. Holtkamp orientieren.

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung von gelebter Demokratie, liegt in der Arbeit mit und von den Kreistagsabgeordneten. Zum einen könnte hier eine intensive Auseinandersetzung über Fragen wie z.B. „Was ist Demokratie“, „Wie können wir Demokratie fördern?“ oder „Wie lebt man Demokratie“ mit den Abgeordneten selbst angeregt werden. Hier scheint es nicht sinnvoll die klassischen Formen der Auseinandersetzung wie eine Versammlung oder ähnliches zu wählen, sondern alternative und innovative Rahmen zur Auseinandersetzung zu schaffen. Das kann ein informeller Grillabend sein, bei dem man in einer angenehmen Atmosphäre mit anderen Abgeordneten ins Gespräch kommt oder auch eine Wanderung, auf der man die politischen Mitstreiter in ganz anderen Zusammenhängen kennen- und schätzen lernen kann. Zum anderen könnten Kreistagsabgeordnete dafür gewonnen werden an Bürgerversammlungen teilzunehmen. Sie könnten Hintergrundwissen vermitteln und gleichzeitig Stimmen der Bevölkerung frühzeitig aufnehmen. Diese Treffen sollten an ein für die Bevölkerung wichtiges Thema gekoppelt sein, wie zum Beispiel „Schulschließung“. Auf diese Weise ist es wahrscheinlicher, dass eine Vielzahl der Bürger teilnimmt und sich ernstgenommen fühlt in der Beachtung ihrer Bedarfe und Probleme. Wenn Menschen das Gefühl bekommen, Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, werden ohne Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme umgesetzt, kann „Demokratieabgewandtheit“ gefördert werden. Entscheidungen, auch unangenehme, sollten deshalb kommuniziert und transparent gemacht werden.

Die Förderung von Demokratie ist eng mit der Auseinandersetzung, was Demokratie überhaupt sein kann, verbunden. So können Erwartungen an die Demokratie mit realistischen Möglichkeiten der Umsetzungen abgeglichen werden und Enttäuschungen, die Politikverdrossenheit erhöhen, vorgebeugt werden. Daher wird empfohlen diese Auseinandersetzung bereits in den Kindergärten und Schulen stärker zu fokussieren. Hierzu könnten auch Gäste aus dem breiten Spektrum der Gesell-

schaft eingeladen werden, um Beispiele verschiedener möglicher Auffassungen von Demokratie zu verdeutlichen.

1. Gegenrede weiterentwickeln mit regionalen Akteuren und Experten – Zusammenarbeit mit Schülern fördern und Informationsangebot erweitern.
2. Auseinandersetzung der Kreistagsabgeordneten mit dem Thema „Demokratie“ fördern – alternative Rahmen dafür schaffen wie z.B. Grillabende.
3. Etablierung von Bürgerversammlungen zu jeweils aktuellen Themen, an denen Kreistagsabgeordnete teilnehmen, um auch Informationen weiter zu geben, zu denen die Bevölkerung kaum Zugänge hat.
4. Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie in den Kindergärten und Schulen fördern.

3.1.5 Austausch und Kommunikation

Dieser Abschnitt ist recht eng mit dem Abschnitt „Heimatgestaltung“ verbunden, denn die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten werden erst aufgrund des Wissens der Akteure sichtbar. Die Perspektiven in der Uckermark werden größtenteils sehr traditionell gedacht. Jedoch musste in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht werden, dass beispielsweise die traditionellen Wirtschaftszweige wie industrielle Veredelung oder industrielle Landwirtschaft nicht den gewünschten Erfolg hatten. Ähnliches gilt für die Gestaltung des öffentlichen Lebens in den Gemeinwesen. Nachdem die Strukturen der DDR 1990 weggebrochen waren, haben sich nur langsam alternative Strukturen zu der früheren, stark durch den Staat geprägten, Organisation des Dorflebens gebildet. In den Erhebungen entstand teilweise der Eindruck, dass die Menschen einerseits etwas hilflos sind, andere Menschen zum Mitmachen zu motivieren. Auf der anderen Seite werden sehr traditionelle Wege bestritten und neue Ideen werden kaum aufgenommen. Das hängt mit Unwissenheit, aber mitunter auch mit fehlender Bereitschaft zusammen.

Daher wird empfohlen, den Aspekt des Austausches und der Kommunikation stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um neue Ideen und Wege, wie es gehen kann, in die Uckermark zu holen.

Zur Förderung des Austauschs könnten beispielsweise Kooperationen mit der Universität von Szczecin angeregt werden, da sie nur wenige Kilometer von der Uckermark entfernt liegt. Es könnte weiterhin Kooperationen mit Universitäten und Instituten gesucht werden, die sich auf die ländliche Räume spezialisiert haben, um Zugänge zu neuen Handlungsmöglichkeiten für die Region zu bekommen.

Weitere Kooperationen könnten mit Akteuren und Institutionen aus den Regionen, die an die Uckermark grenzen fokussiert werden. Das würde zum einen der Realität vieler Bürger, die an der Grenze der Uckermark wohnen, Rechnung tragen. Ihre Bezugsräume konzentrieren sich beispielsweise auch nach Neubrandenburg (MVP⁹) und Pasewalk (MVP) im Norden oder nach Eberswalde (BAR¹⁰)

⁹ MVP – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

im Süden. Zum zweiten haben die angrenzenden Regionen mit ähnlichen Herausforderungen umzugehen. Hier könnten Erfahrungen ausgetauscht werden, Lösungsmöglichkeiten und Projekte gemeinsam geschaffen und umgesetzt werden. Hierbei, wie auch in der Förderung der „Kommunikation und des Austausches“ über Strukturen wie z.B. den uckermärkischen Bürgerbüros, Landworker oder Land aktiv, Landfrauenverein kommen neue Anforderungen auch auf eine künftige Koordinierungsstelle zu. Kommunikation und Austausch sind wichtig für die Entwicklung und Förderung eines Gemeinschaftsgefühls für das Leben und das Miteinander in der Uckermark.

Im Bereich Wirtschaft könnte sich auf den Austausch über innovative Wege konzentriert werden. Dafür müssten aber nicht nur diese Wege gefunden werden, sondern auch Akteure, die der Umsetzung offen gegenüberstehen.

Zu einem Austausch von Ideen usw. können auch einfache Treffen mit Menschen aus anderen Regionen, Kulturkreisen usw. beitragen. Ebenso die Veröffentlichung von Ideen und Handlungsmöglichkeiten, die anderswo schon einmal erfolgreich ausprobiert wurden.

1. Kooperationen mit Universitäten und Instituten die örtlich und/oder thematisch nah an der Uckermark sind.
2. Kooperation mit Akteure/ Institutionen aus den angrenzenden Regionen der Uckermark.
3. Erzeugen einer offenen Haltung von Entscheidungsakteuren gegenüber neuen Wegen und Möglichkeiten der Entwicklung.
4. Förderung von Treffen mit Menschen aus anderen Kulturkreisen, Regionen usw.

3.2 Arbeitsstrukturen

Während im vorherigen Abschnitt viele verschiedene Handlungsmöglichkeiten dargestellt wurden, um die einzelnen Unterthemen zu verfolgen, geht es nun darum, die Strukturen darzustellen, in denen die Gesamtstrategie umgesetzt werden kann.

Es werden zwei Varianten zur Umsetzung vorgestellt, wobei die erste einen sehr geringen und die zweite einen größeren Mitteleinsatz erfordert. Die vorgeschlagenen Elemente der beiden Strategien können auch miteinander kombiniert werden. Weiterhin werden verschiedene Hinweise zur Umsetzung gegeben. Um Dopplungen zu vermeiden, werden diese an passender Stelle einmal exemplarisch vorgestellt und bleiben im Folgenden unbeachtet.

Der Einsatz der Finanzmittel ergibt sich aus den gewählten Strukturen und dem Aufgabenspektrum in den gewählten Themen. Variable Posten sind die Höhe der Projektförderung, Sachkosten und die Kosten für die Personalstellen, welche die Umsetzung begleiten bzw. fördern. Alternativ könnte versucht werden, bestimmte Aufgaben dem Ehrenamt zu übergeben. Die Mitglieder des Begleitaus-

¹⁰ BAR – Landkreis Barnim

schluss haben bisher keine Sondervergütung bekommen. Zusätzliche Kosten entstanden für die Kommunen aber beispielsweise durch die Freistellung von Verwaltungsakteuren.

3.2.1 Begleit- und Aktivierungsgremium – Variante A

Die Umsetzung der ersten Variante ist recht minimalistisch. Es wird davon ausgegangen, dass der Kreis Uckermark eine geringe Summe zur Projektförderung zur Verfügung stellt und die Koordination der Projektförderung durch eine halbe Stelle vom Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Frauen weiter gefördert wird.

3.2.1.1 Begleit- und Aktivierungsgremium

Die Zusammensetzung des Gremiums wird in einem transparenten Prozess gestaltet. Hierbei dürfen die ländlichen Räume, mit besonders geringer Bevölkerungsdichte und geringer Wirtschaftskraft, nicht vernachlässigt werden. Die Breite und Vielfalt der Uckermark sollte sich auch in solch einem Gremium widerspiegeln. Die Teilnahme sollte als Angebot formuliert werden.

Das Begleit- und Aktivierungsgremium hat die Hauptaufgabe über die Förderung von Mikro- und Strukturprojekten zu entscheiden. Dabei sollte der Fokus stärker auf die Entwicklung von Strukturen wie z.B. einer Jugendfeuerwehr im ländlichen Raum oder Forschungsprojekten liegen, die neue Handlungsfelder und -möglichkeiten beschreiben. Dazu wäre es sinnvoll, zu Beginn einen gemeinsamen Handlungsplan, basierend auf diesem Strategiepapier, zu erarbeiten und zu verfolgen. Die Mikroprojektförderung sollte mit kleineren Summen erfolgen, als im vergangenen LAP. Dort wurden Mikroprojekte mit bis zu 5000 Euro gefördert. Sicherlich kann es sinnvoll sein, einzelne Projekte mit höheren Summen zu fördern. Tendenziell sollten aber eher geringere Summen bewilligt werden, so dass auch bei einem finanzschwachen Fonds von Mikroprojektgeldern viele zivilgesellschaftliche Akteure profitieren können.

Das Gremium hat die Aufgabe, durch die Kompetenzen der einzelnen Mitglieder und in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle alle bekannten zivilgesellschaftlichen Akteure in der jeweiligen Region zu erfassen, diese Informationen zusammen zu bringen und allen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Uckermark zur Verfügung zu stellen. Das Ziel ist die Angebotsvielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements darzustellen, zu interessieren und Informationen für mögliche Kooperationen anzubieten.

Ergänzung des BAs in einem transparenten und offenen Prozess, um Regionen einzubeziehen, die bisher nur gering oder gar nicht involviert waren.

Aufgabe des BAs:

- a. Erstellung eines Handlungsplans und Bewilligung von Projekten die das gewählte Ziel verfolgen.
- b. Jedes BA-Mitglied recherchiert in der Region und listet Namen und Tätigkeitsbereiche der vorhandenen Vereine auf.

3.2.1.2 Koordinierungsstelle

Eine Koordinierungsstelle ist, wie bisher, für die Sitzungsvorbereitung und Verwaltung der Gelder zuständig und wird verstärkt in der Mittelakquirierung und Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Es scheint sinnvoll die bewährte Kooperation mit dem Jugendamt und die Beratung durch das MBT Angermünde fortzuführen und zu intensivieren.

Die von den BA-Mitgliedern erstellten Listen zum zivilgesellschaftlichen Engagement in der Uckermark werden von der Koordinierungsstelle zusammengefasst und an den entsprechenden Stellen publiziert. Dazu wird auch eine entsprechende Website erarbeitet. Hier sollte wiederum mit Akteuren aus der Region kooperiert werden. So könnte beispielsweise auf die Erfahrungen des Kulturlabors Uckermark zurück gegriffen werden, die in einem Projekt mit Jugendlichen eine Website erarbeiteten. Diese Website, die auch zum Austausch und zur Information über Ideen und Unterstützungsangebote genutzt werden kann, könnte z.B. mit „Gegenrede“ verlinkt werden.

Die Kommunikation zum LAP mit den Kreistagsabgeordneten wird insofern verstärkt, dass zu jeder Kreistagssitzung ein Kurzbericht erstellt und den Abgeordneten die Möglichkeit zu Fragen gegeben wird.

Die Projektträger werden stärker in der Projektumsetzung begleitet, um bei Schwierigkeiten unterstützend wirken zu können, sowie die Erfahrungen und Ergebnisse in den BA zurück spiegeln. So soll die Projektförderung und Kommunikation in einem kontinuierlichen Prozess optimiert werden.

Sowohl in dieser Variante A wie auch in der folgenden Variante B scheint es notwendig, die Koordinierungsstelle mit einer vollen Personalstelle zu besetzen, wenn neben den formalen Aufgaben auch inhaltliche und begleitende Aufgaben wahrgenommen werden sollen. Zudem sollte die Ausstattung mit ausreichenden Sachkosten gewährleistet sein.

Eine Koordinierungsstelle wird eingerichtet. Ihre Aufgaben sind:

Aufgabe der Koordinierung:

- a. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Entwicklung einer neuen Website
- b. Suche nach Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten
- c. Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der Sitzungen des Begleit- und Aktivierungsgremiums
- d. Verwaltung der Gelder
- e. Verstärkung der Kommunikation mit Kreistagsabgeordneten zum LAP und regelmäßige Vorstellung der Ergebnisse im Kreistag.
- f. Begleitung und Unterstützung der Projektträger.
- g. Zusammenfassung der Listen zum zivilgesellschaftlichen Engagement.

3.2.2 Begleit- und Aktivierungsgremium – Variante B

Bei dieser Strukturvariante wird davon ausgegangen, dass eine mittelgroße Summe vom Kreis Uckermark bewilligt wird, die Koordinierungsstelle mit einer vollen Personalstelle ausgestattet wird – zur Hälfte finanziert durch das Bundesprogramm, zur Hälfte durch den Kreis (wie in der Variante A) - und ein starker Fokus auf die intensive Einbeziehung von Akteuren aus den verschiedensten gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern und uckermärkischen Regionen gelegt wird.

3.2.2.1 Begleit- und Aktivierungsgremium – „Kreistagsausschuss“

Der Begriff „Kreistagsausschuss“ (KA) bezeichnet kein politisches Gremium im herkömmlichen Sinn. Der Begriff soll nahe legen, dass in einem neuen LAP ein stärkerer Focus auf die Zusammenarbeit mit Kreistagsabgeordneten und die Verantwortlichkeit der Kreistagsabgeordneten für die Inhalte und die Arbeit mit einem künftigen LAP gelegt wird. In diesem neu zu bildende Gremium sollen alle Mitglieder gleichberechtigt entscheiden können. Es sollten Abgeordnete aller demokratischen Fraktionen des Kreistages und Akteure aus unterschiedlichen Arbeits- und Lebensfeldern vertreten sein. Dazu gehören beispielsweise Vertreter von Wirtschaftsverbänden, der Gewerkschaft, Vertreter der Polizei, der Verwaltung und, insbesondere, der Zivilgesellschaft. Sie alle sollten ein hohes Interesse für die gesamte Uckermark und nicht allein für einzelne Standorte verfolgen. Dadurch sollen möglichst viele Informationen zusammengetragen werden, die für Projektförderung und -initiiierungen hilfreich sind. Zudem kann so auch die Vielfalt und Anstrengungen von zivilgesellschaftlicher Arbeit in die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft und Kreistag zurück getragen werden. Bei Bedarf können gemeinsam Lösungswege und Strategien entwickelt werden. Durch diese Form der Zusammensetzung eines Begleit- und Aktivierungsgremium könnte auch der Anspruch vieler Befragter, die LAP Themen als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der Uckermark zu betrachten, für die Öffentlichkeit besser vermittelt werden können.

Die Suche und Auswahl der Mitglieder des „Kreistagsausschuss“ sollte transparent erfolgen und entsprechend publiziert werden. Generell sollte in diesem Findungsprozess wie auch in der Arbeit eines solchen Ausschusses die Regionalpresse als Partner betrachtet und eingeladen werden. Für das genaue Prozedere der Implementierung eines solchen „Kreistagsausschusses“ und dessen Tätigkeitsbereich (Stimmberechtigung, Einbringen von eventuell notwendigen Anträgen in den Kreistag, Einladen von Experten usw.) sollte eine Geschäftsordnung erarbeitet werden. Mit der Entscheidung für einen solchen Ausschusses könnten neue Strukturen geschaffen werden, in denen Abgeordnete des Kreistages und engagierte, kompetente „Nichtabgeordnete“ in wichtigen Fragen der Demokratieentwicklung gemeinsam an einer Strategie arbeiten und gemeinsam entscheiden.

Je nach dem zur Verfügung stehenden Ressourceneinsatz könnte die Förderung für Mikro- und Strukturprojekte geteilt werden. Bei einem geringen Mitteleinsatz bewilligt der „Kreistagsausschuss“ Mikro- und Strukturprojekte gemeinsam. Bei einem höheren Mitteleinsatz entscheidet der „Kreistagsausschuss“ allein über Strukturprojekte. Die Mikroprojektförderung wird an die, zuvor festgelegten, Regionen der Uckermark vergeben. (Siehe dazu Abschnitt 3.2.2.3 Kommunale Förderung von Mikroprojekten) Die Strukturförderung könnte insofern ausgebaut werden, dass im „Kreistagsausschuss“ selbst, in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der jeweiligen Region, Strukturprojekte entwickelt werden. Dabei sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass es ein gleichwertiges Miteinander ist und nicht der Eindruck entsteht, dass zivilgesellschaftliches Engagement die Defizite der Kommunen und Politik bearbeiten müssten.

Die Anbindung eines Entscheidungsgremiums für die LAP-Projektförderung an bestehende politische oder Verwaltungsstrukturen, wie beispielsweise den Jugendhilfeausschuss, wird als nicht sinnvoll erachtet. Diese bestehenden Strukturen sind durch einen ganz klaren Aufgabenbereich und Zielgruppen gekennzeichnet. Der Charakter des LAPs sollte aber gerade auf die „Ganzheitlichkeit der Gesellschaft“ gerichtet sein und nicht allein auf z.B. Jugendliche abzielen. Dennoch dürfen die bestehenden politischen und Verwaltungsstrukturen nicht unbeachtet bleiben, da hier deutungs- und handlungsmächtige Akteure aus spezifischen Bereichen zusammen kommen. Das kann wiederum für die detaillierte Projektumsetzung bedeutungsvoll sein.

Schaffung eines „Kreistagsausschusses“, in dem u.a. Vertreter des Kreistags, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und Verwaltung sind.

Aufgabe des „Kreistagsausschusses“ (KA):

- a. Der „Kreistagsausschuss“ entscheidet über die Bewilligung von Projekten. Bei einem höheren Mitteleinsatz, werden hier primär strukturverbessernde Projekte besprochen und bewilligt. Bei einem geringen Mitteleinsatz ist der KA für die Bewilligung von Struktur, wie von Mikroprojekten verantwortlich.
- b. Der KA ist für die Entwicklung bzw. das Anschieben von Projekten verantwortlich und für die Kommunikation in den Kreistag hinein

3.2.2.2 Koordinierungsstelle

Die Arbeit und die Sitzungen des „Kreistagsausschusses“ werden von einer Koordinierungsstelle vorbereitet. Es sollte sich, wie in Variante A beschrieben, um eine volle Personalstelle handeln.

Die bewilligten Projekte sollten von der Koordinierungsstelle als aktivierende Stelle insofern begleitet werden, als über Fortschritte und Probleme mit den Trägern kommuniziert wird und bei Bedarf gemeinsame Lösungswege gesucht werden, um zum Gelingen des Projekts beizutragen. Das sollte weniger eine Kontrolle der Projekte sein, als vielmehr ein Angebot zur Hilfe. Über diese Aktivitäten informiert die Koordinierungsstelle den „KA“. Zudem wird die Verwaltung der Projektgelder von der Koordinierungsstelle übernommen.

In Anbetracht der knappen Finanzressourcen sollte zudem die Akquirierung von Förderprogrammen bzw. -geldern übernommen werden, um den LAP zu stärken.

Die Koordinierungsstelle ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit. Das kann beispielsweise so umgesetzt werden, dass jeden Monat ein Artikel an die lokalen Zeitungen versendet wird, in dem über den LAP berichtet wird. Im Internet könnten über die neu zu schaffende Website (siehe Variante A) die geförderten Vereine ausführlich dargestellt werden. So könnten auch Vereine eine Plattform bekommen, die keine eigenen Ressourcen für einen Internetauftritt haben. Weiterhin könnten an den Schaukästen von Dörfern Zettel mit dem Anliegen und Kontaktdaten ausgehängt werden, um insbesondere den ländlichen Raum stärker einzubeziehen.

Es wird einmal pro Jahr eine uckermarkweite Konferenz veranstaltet, auf der sich die geförderten Vereine mit ihren Projekten vorstellen und innovative Ideen uckermarkweit gestreut werden können. Es geht hier primär darum, die Vielfältigkeit von Handlungsmöglichkeiten, fernab der traditionellen Wege, vorzustellen und eine offene Haltung demgegenüber zu fördern. Das gelingt leichter, wenn der konkrete Nutzen für den Skeptiker am praktischen Beispiel deutlich wird.

Insgesamt ist für eine künftige Koordinierungsstelle zu beachten, dass Aspekte wie jährliche Evaluation und eine hohe Flexibilität in der fachlichen und organisatorischen Arbeit notwendig sind. Aufgrund der Tatsache, dass die Koordination mit ihren vielfältigen Aufgaben von einer Personalstelle bearbeitet werden muss, sollte auch an eine Supervision gedacht werden.

Es wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Ihre Aufgaben sind:

- a. Vorbereiten, Durchführen und Nachbereiten der Sitzungen
- b. Begleiten und verwalten der bewilligten Projekte
- c. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Akquirierung von Fördergeldern.
- d. Begleitung der kommunalen Projektförderung.
- e. Vorbereitung und Durchführung einer uckermarkweiten Konferenz zum LAP Uckermark.

3.2.2.3 Kommunale Förderung von Mikroprojekten

Die Empfehlung der kommunalen Förderung folgt dem Prinzip des LAPs im Rahmen der Bundesförderung 2007-2010. Jedoch werden in dieser Strategievariante vom Kreis Gelder, aus einem sogenannten „Förderungsfonds“, an alle uckermärkischen Regionen zu gleichen Teilen vergeben. Die Kommunen sollten insofern an der Bildung des Fonds beteiligt werden, in dem sie ein Solidarbudget an diesen abgeben, dessen genaue Höhe an die Strukturen und Möglichkeiten der jeweiligen Kommune angepasst werden.

Zunächst wird die Uckermark in Regionen aufgeteilt. Die gewählten Regionen sollten ähnliche Bevölkerungsstrukturen und -dichte haben oder regionale Verbindungen aufweisen. So könnten beispielsweise die Gemeinden Nordwestuckermark, Boitzenburger Land und Uckerland eine Region des sehr

ländlichen Raums bilden. Die Kommunen haben die Aufgabe, begleitet durch die Koordinierungsstelle, in einem transparenten Prozess einen Regionalausschuss (RA) zu bilden, der über den Einsatz der Fördergelder aus dem „Förderfonds für Mikroprojekte in der Region entscheidet“. Es scheint sinnvoll zu sein, mehr zivilgesellschaftliche als Verwaltungsakteure in dem RA zu involvieren, um die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Strömungen auch für die Verwaltung sichtbar zu machen, zu fördern und von dem Wissen zu profitieren. Die Verwaltung ist insbesondere für die Abrechnung und Kontrolle von Bedeutung. Defizite von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Verwaltungsbelangen könnten eventuell dadurch minimiert werden, dass den Projektträgern von der Koordinierungsstelle oder einem Ansprechpartner der Verwaltung Unterstützung zukommt. Dazu gehört auch die Organisation einer Fortbildung bzw. eines Coachings für die Moderatoren der regionalen Begleitausschüsse. Hier kann ohne die Entstehung zusätzlicher Kosten auf die Mitarbeiter von demos zurückgegriffen werden.

Eine Gruppenfortbildung der Regionalausschuss-Moderatoren, wie auch das Zusammenkommen verschiedenster Akteure in den regionalen Begleitausschüssen, könnte zudem zur Vernetzung in der Uckermark beitragen. Die Moderatoren und RA-Mitglieder bekämen die Möglichkeit sich kennenzulernen und von den jeweiligen Projekten in den Regionen bzw. einzelnen Kommunen zu erfahren. So könnten gleichzeitig die Kompetenzen der Moderatoren erhöht sowie ein Austausch und eventuell neue Kooperationen in der Uckermark entwickelt und gefördert werden. Zudem sollten die lokalen Akteure bei der Themen- und Projektwahl je nach Bedarf anfangs unterstützt werden.

Kommunale Mikroförderung – Es wird eine feste Summen zur Förderung von Mikroprojekten auf die, zuvor festgelegten Regionen, verteilt.

- a. Die uckermärkischen Kommunen bilden in einem transparenten und offenen Prozess ihren regionalen Begleitausschuss (RA) zur Abrufung und anschließenden Vergabe der Projektgelder, die durch den Kreis zur Verfügung gestellt werden.
- b. Der RA arbeitet nach dem ähnlichen Prinzip des BAS im LAP 2007 bis 2010.

3.3 Modellbeispiel für eine Kostenaufteilung

Der bisherige LAP wurde vom Bund jährlich mit 100 000 Euro gefördert. Darin enthalten war mit 20.000 Euro die Finanzierung einer halben Personalstelle für die Koordinierung. Es kann davon ausgegangen werden, dass, für einen begrenzten Zeitraum, die Finanzmittel für eine solche halbe Personalstelle weiterhin vom Bund bereitgestellt werden.

Bei einer Weiterführung des konzeptionellen Ansatzes eines LAP und dem Folgen der Strategieempfehlung ist es notwendig, diese halbe Personalstelle auf eine volle Personalstelle aufzustocken. Diese muss auch laut der Arbeitsplatzbeschreibung tariflich eingeordnet werden.

Weiterhin ist zu beachten, dass für diese Stelle die entsprechenden notwendigen Sachkosten zur Verfügung gestellt werden müssen. Es müssen Gelder für beispielweise Fahrten, Telefon und Büromaterialien ebenso eingeplant werden, wie für die Organisation und Durchführung von Treffen und

Konferenzen. Ein kleiner Anteil der Finanzen sollte bei der Koordinierungsstelle für die Durchführung von kurzfristig geplanten Kleinprojekten, die dem Kreistagsausschuss durch die Koordinierungsstelle gegenüber fachlich begründet und vertreten werden, verbleiben.

4 Fazit

In der Untersuchung konnten verschiedene neue Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten für einen LAP nach 2010 aufgezeigt werden. Im Ergebnis sind fünf verschiedene Mittlerziele und zwei Strukturmöglichkeiten entwickelt worden, in denen neue und alte Handlungsfelder bearbeitet werden können. Diese werden abschließend in Abbildung 1 und 2 graphisch dargestellt.

Zusammenfassend sollte sich in einem neuen LAP stärker auf den ländlichen Raum und auf Projekte konzentriert werden, die langfristigen Nutzen versprechen sowie nachhaltige Strukturen implementieren. Viele der hier beschriebenen Projektvorschläge konzentrieren sich daher auf die Veränderung oder Neuschaffung von Strukturen. Die Mikroprojektförderung sollte zwar beibehalten werden, jedoch mit kleineren Summen als bisher ausgestattet werden. Die zukünftigen Themen sollten nicht nur spezifische Aspekte der Demokratieförderung, wie beispielsweise „Projekte gegen Rechtsextremismus“, verfolgen, sondern insgesamt stärker auf die Förderung von „gelebter Demokratie“ und das Miteinander in der Uckermark abzielen. Diese Themenöffnung erlaubt z.B. auch die Förderung von Kompetenzen, die für „gelebte Demokratie“ grundlegend sind, aber nicht direkt in einem Projekt gegen Rechtsextremismus umgesetzt werden können. Zudem scheinen gerade Schlagwörter wie „Rechtsextremismus“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ viele Uckermärker eher „abzuschrecken“ als das sie Interesse wecken. Die Arbeit im LAP sollte als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und nicht allein dem Jugendbereich überantwortet werden. Das heißt, dass politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure aus der Uckermark den LAP gemeinsam tragen, voranbringen und weiterentwickeln sollten.

In Abbildung 1 werden mögliche Mittlerziele benannt, die in einem offenen Dialog mit lokalen und externen Akteuren in einem Leitziel zusammengefasst werden sollten. Zu den Themen werden wiederum verschiedene Projekte vorgestellt, mit denen das gewählte Ziel verfolgt werden könnte. In einer zweiten Graphik, Abbildung 2, werden die Strukturmöglichkeiten dargestellt, in denen die Verfolgung der Mittlerziele umgesetzt werden kann.

Unabhängig von der letztendlich gewählten Strategie sollten im zukünftigen LAP vorhandene Kompetenzen, Strukturen und Netzwerke der Uckermark genutzt und dabei die Kooperation und Beratung mit den staatlich finanzierten Stellen vor Ort intensiviert werden.

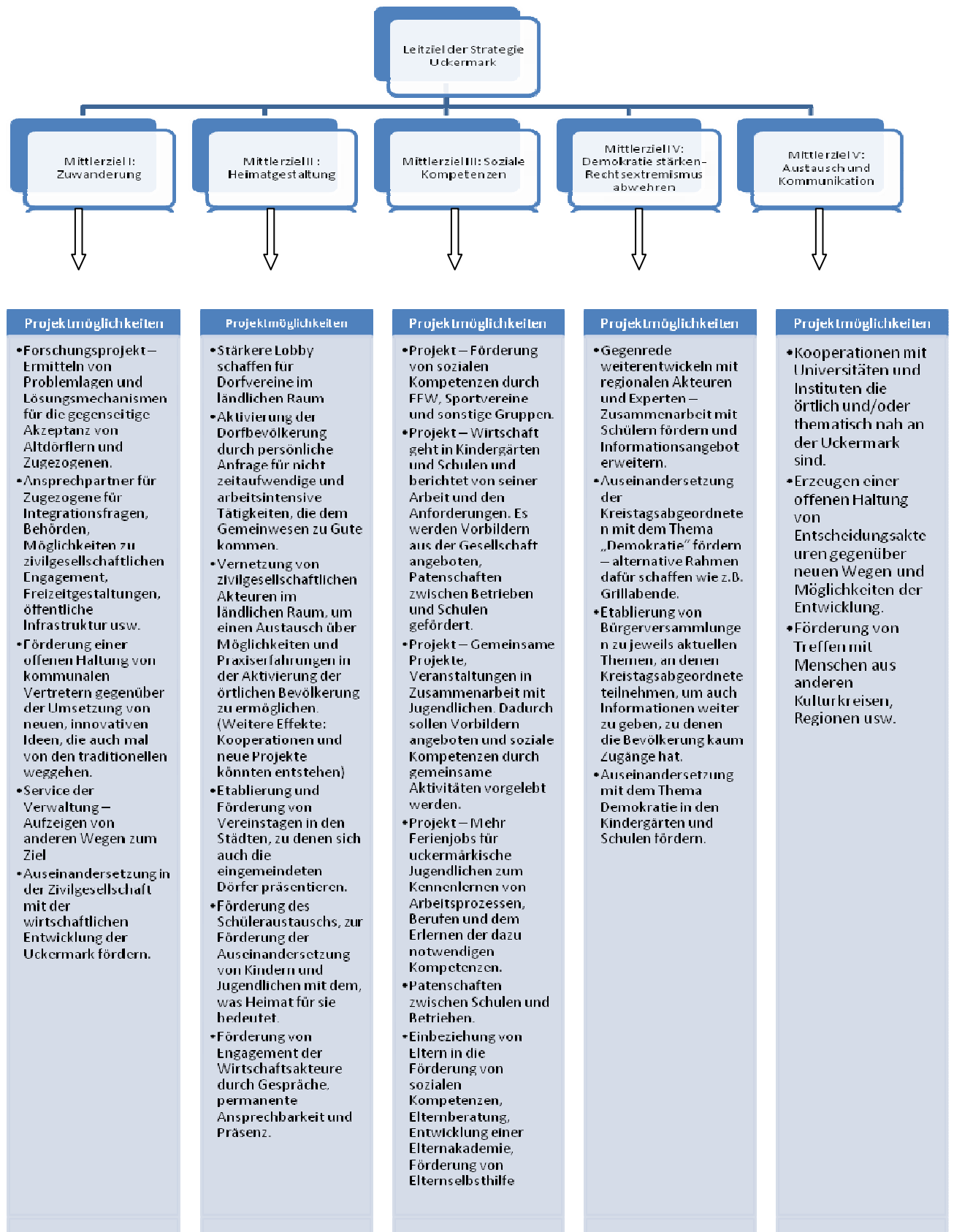


Abbildung 1: Leitziel, Unterthemen und Projektumsetzungsmöglichkeiten

Begleit- und Aktivierungsgremium - Variante A

- **Ergänzung des bestehenden BAs** in einem transparenten und offenen Prozess, um Regionen einzubeziehen, die bisher nur gering oder gar nicht involviert waren.
- Erstellung eines Handlungsplans und Bewilligung von Projekten die das gewählte Ziel verfolgen.
- Jedes BA-Mitglied recherchiert in der Region und listet Namen und Tätigkeitsbereiche der vorhandenen Vereine auf.
- **Die bisherigen Koordinierungsstellen bleiben erhalten.**
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
- Suche nach Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten
- Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der BA-Sitzungen
- Verwaltung der Gelder
- Verstärkung der Kommunikation mit Kreistagsabgeordneten zum LAP und regelmäßige Vorstellung der Ergebnisse im Kreistag.
- Begleitung und Unterstützung der Projektträger.
- Zusammenfassung der Listen zum zivilgesellschaftlichen Engagement.

Begleit- und Aktivierungsgremium "Kreistagsausschuss" - Variante B

- **Schaffung eines neuen "Kreistagsausschuss" (KA)** in dem u.a. Vertreter des Kreistags, Presse, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung sind.
- Der "Kreistagsausschuss" entscheidet über die Bewilligung von Projekten. Bei einem höheren Mitteleinsatz, werden hier primär strukturverbessernde Projekte besprochen und bewilligt. Bei einem geringen Mitteleinsatz ist der KA für die Bewilligung von Struktur, wie von Mikroprojekten verantwortlich.
- Der KA ist für die Entwicklung bzw. das Anschieben von Projekten verantwortlich.
- **Es werden Personen mit der Koordination beauftragt.**
- Vorbereiten, Durchführen und Nachbereiten der Sitzungen
- Begleiten und Verwalten der bewilligten Projekte
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Akquirierung von Fördergeldern.
- Ggf. Begleitung der kommunalen Projektförderung.
- Vorbereitung und Durchführung einer uckermarkweiten Konferenz zum LAP Uckermark.
- **Etablierung der kommunalen Projektförderung**
- Die uckermärkischen Kommunen bilden in einem transparenten und offenen Prozess einen Regionalausschuss zur Vergabe der Projektgelder, die durch den Kreis zur Verfügung gestellt werden.
- Der Regionalausschuss arbeitet nach dem ähnlichen Prinzip des BAs im LAP 2007 bis 2010.

Abbildung 2: Arbeitsstrukturen in denen die Ziele und Projekte verfolgt werden könnten